

24 | Mai 1976

# Offensiv links

FÖJ Bewegung für Sozialismus

- 4 Wie radikal ist Gasperschitz?
- 6 Mieterkampf in Margareten
- 10 Schulkandal in Tirol
- 11 Eine Art Emanzipation?
- 17 China und der europäische "Maoismus"
- 22 Kampf gegen Atomgiganten – Kampf gegen Fortschritt?
- 27 Besetzungsterror in Westjordanien
- 28 Lateinamerikanische Perspektiven

## Krise auf österreichisch

"Die Zahl der Beschäftigten in Österreich steigt", so klopft sich die Regierungspartei selbst auf die Schulter. "Die Arbeitslosigkeit steigt, und sie wird noch weiter steigen", malt die ÖVP schwarz. Wie ist die Situation auf dem Arbeitsmarkt nun wirklich?

	März 1976	März 1975	März 1974
Zahl der Beschäftigten	2,640.069	2,634.686	2,620.031
davon Gastarbeiter (nach offiziellen Angaben)	155.472	184.262	210.701
Arbeitslose	76.188	60.569	49.171
Offene Stellen	26.367	35.533	57.296

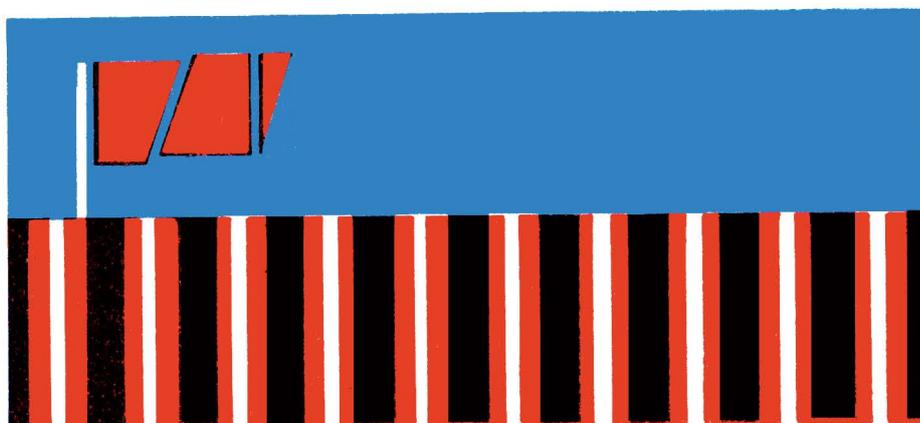
größere Arbeitslosigkeit der Österreicher verhindert. Das stimmt nicht. Außer in der Bauwirtschaft sind fast nirgends Österreicher an Stelle gekündigter Gastarbeiter getreten. Hauptsächlich waren die Ausländer ja, außer am Bau, in der Industrie beschäftigt, wo fast in allen Bereichen eine Abnahme an Arbeitskräften festzustellen ist, besonders in der Textilindustrie, die den höchsten Gastarbeiteranteil hatte. Die zusätzlichen Arbeitsplätze für Österreicher dagegen liegen im Dienstleistungssektor, besonders beim Handel und im Öffentlichen Dienst (der endlich viele schlechtbezahlte Posten besetzen konnte), aber auch

Diese Statistik ist natürlich etwas frisiert. Etwa 24.000 Karenzurlauberrinnen werden erst seit 1975 zur Zahl der Beschäftigten gerechnet. Seit der Steuerreform von 1973 ist es für Selbständige, aber auch für Unselbständige mit freiberuflichem Nebeneinkommen günstig, die Ehefrau als Angestellte anzugeben; die Zahl der so jährlich dazukommenden Beschäftigten wird auf 5.000 geschätzt. Während also die Zahl der Beschäftigten trotz Rezession ziemlich stabil geblieben ist, steht einer starken Abnahme der Gastarbeiterzahl eine deutlich gestiegene Arbeitslosigkeit gegenüber. Man kann aus diesen Zahlen errechnen, daß in den letzten beiden Jahren für etwa 70.000 Österreicher Arbeitsplätze geschaffen werden hätten müssen – was nicht gelungen ist. Die Zunahme der inländischen Arbeitsplätze ergibt sich aus Grenzgängern und österreichischen Gastarbeitern, die ihre Stellen in der BRD und der Schweiz verloren haben, aus dem anhaltenden Rückgang der Selbständigen und daraus,

daß gerade jetzt die starken Jahrgänge um 1960 ins Berufsleben eintreten.

Aus den angeführten Zahlen könnte der Eindruck entstehen, als hätte die Verminderung der Gastarbeiter eine

Seite 2



1.Mai: gemeinsam demonstrieren

Wien: 11 Uhr 30 Akademiestraße/Ring

# Krise auf österreichisch

Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, ... man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!

Karl Marx ★

## offensiv links

**offensiv**, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst ändern.

**links**, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebtheit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen - bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgassen in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

**offensiv links** - solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

ERSCHEINUNGSORT: WIEN  
VERLAGSPOSTAMT / 1040 WIEN

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: FÖJ - Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10.

Redaktion: 1090 Wien, Porzellan-gasse 33 a, Telefon: 34 67 145.

Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung des Autors wieder. Mit Initialen gezeichnete Artikel geben die Meinung der Redaktion wieder. Ungezeichnete Artikel sind Organisationsmeinung.

Einzelpreis: S 5,-  
Abonnement: S 50,- (jährlich).

Kontonummer:  
223-102-976, Länderbank Wien.

Banken und Versicherungen stellten trotz "Krise" mehr Leute ein als je zuvor. Diese fortdauernde Expansion des tertiären Sektors ist, zusammen mit der Einführung der 40-Stunden-Woche am 1.1.1975 einer der Gründe, warum die Zahl der Arbeitslosen bei Einheimischen niedrig gehalten werden konnte. Die im europäischen Durchschnitt relativ niedere Gesamtarbeitslosigkeit ist der Tatsache zu "danken", daß die Regierung ihre chauvinistische Arbeitsmarktpolitik gründlich durchführt; nachdem sie die Unternehmer verpflichtet hatte, ohne Rücksicht auf soziale, ja selbst auf betriebliche Gründe als erste die Gastarbeiter zu kündigen, war der logische nächste Schritt, durch Nichtverlängerung oder Entzug von Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen die arbeitslosen, also nur noch lästigen "Tschuschen" abzuschieben. (Trotzdem liegt die Arbeitslosenrate der Ausländer jetzt bei 4,5 Prozent, gegenüber knapp 3,5 Prozent bei den Inländern!)

Am deutlichsten wird das in Vorarlberg, wo der (schwarze) Arbeiterkammer-Präsident Jäger und die Vertreter der Industrie als Gegner einer allzu restriktiven Gastarbeiterpolitik auftreten (sicher nicht aus Nächstenliebe), während der Leiter des Landesarbeitsamtes, der SP-Bonze Neururer Betrieben, die Ausländer beschäftigen, keine Kurzarbeit zugestehen will: Die Kurzarbeiterunterstützung sei nicht dazu da, der Aufrechterhaltung eines hohen Standes an Gastarbeitern zu dienen. In der oben stehenden Tabelle wurden die Kurzarbeiter nicht angeführt, und zwar mit gutem Grund: eine größere Anzahl von Kurzarbeitern gab es nur in der ersten Jahreshälfte 1975. Dann entdeckte man die Möglichkeit der "Sonderschulungen": An ein oder zwei Tagen in der Woche werden die Arbeiter bei 70 Prozent Lohnersatz (bezahlt vom Sozialministerium) über Betriebsangelegenheiten, Warenkunde, aber auch Sozialversicherungs- und Lohnsteuerrecht belehrt. Der große Vorteil für die Regierung: diese Arbeitskräfte scheinen in keiner Statistik auf. Für letzten Herbst wurde ihre Zahl auf 8.000 geschätzt

(ebenso hoch wie die Zahl der Kurzarbeiter während des höchsten Standes im März 1975), für heuer plante das Sozialministerium eine Aufstockung der Mittel, um Sonderschulungen für 10.000 Arbeitnehmer durchführen zu können. Immerhin, eine wesentliche versteckte Arbeitslosigkeit zeigen diese Zahlen nicht. Bedenklicher ist eine Pressemeldung vom letzten Juli, wonach die Industrieproduktion je Arbeitsstunde stark gefallen sei; daß also Beschäftigte gehalten würden, für die in der Produktion kein Bedarf ist, die mit ständigem Zusammenkehren der Betriebsräume, betriebsinternen Schulungen etc. "beschäftigt" werden. Die verstaatlichte Industrie machte das z. T. auf höheren Befehl, in der Privatindustrie sagte man sich, daß es besser sei, eine Zeitlang nicht benötigte Arbeitskräfte zu "horten", als bei Einsetzen der nächsten Konjunktur erst neue, nicht eingearbeitete Leute zu suchen.

Der neue Besen  
putzt mir meinen  
Betrieb wunderbar  
sauber



All das hat dazu geführt, daß die Arbeitslosigkeit in Österreich derzeit vor allem ein regionales und ein Spartenproblem ist. Arbeitslos sind vor allem Steirer, Kärntner und

Burgenländer; da Metallindustrie, Holzindustrie und Bauwesen besonders stark betroffen sind. Dazu kommt, daß hier keine Verschleierung der Arbeitslosigkeit durch Hinauswurf großer Mengen von Ausländern möglich ist, hier müssen nicht nur Vorarbeiter und Angestellte, sondern auch die Hilfsarbeiter in der Dienstleistung untergebracht werden. In den anderen Bundesländern ist in den Zentralräumen die Lage weniger kritisch; in entlegeneren Gebieten (Waldviertel, westliches Oberösterreich, Lungau, Osttirol) liegen die Arbeitslosenraten deutlich über dem Landesdurchschnitt.

Daneben sind einzelne Gruppen besonders betroffen. Im Februar 1976 etwa waren fast 30 Prozent der Arbeitslosen Bauarbeiter – gegen knapp 20 Prozent zwei Jahre vorher. Die zweite von Saisonarbeitslosigkeit im Winter geplagte Gruppe, die Land- und Forstarbeiter, stellen dagegen nur mehr knapp 10 Prozent gegenüber 13 Prozent. In den Berufen, wo der Personalabbau am stärksten war, bei den Textil- und Bekleidungsarbeitern, ist die Zahl der Arbeitslosen sogar absolut gesunken – zweifellos als Folge der Gastarbeiterpolitik. Stark gestiegen ist sie dagegen bei Stein- und Glasarbeitern, Metallarbeitern, Holzarbeitern und Nahrungs- und Genußmittelarbeitern. Aber auch die Büroberufe bieten keine Sicherheit mehr: Die Zahl der Arbeitssuchenden ist zwar wenig gestiegen, aber die Zahl der offenen Stellen stark gesunken, so daß auf jede freie Stelle vier arbeitslose Büroangestellte kommen.

Wie wird's weitergehen? Kommt der Konjunkturaufschwung bald, dann wird wegen der geringen Auslastung der Industriebeschäftigten, aber auch der Unternehmerpolitik (1975 wurden 69 Prozent der Investitionen für Rationalisierungsmaßnahmen, aber nur 15 Prozent für Betriebsausweitungen verwendet) noch einige Zeit vergehen, bis die Industrie in größerem Umfang Leute einstellt. Bleibt die Wirtschaft noch länger im Tief, so ist mit Abbaumaßnahmen zu rechnen, die Österreich auf dem Gebiet der Arbeitslosenzahlen Europareife bescherten werden.

P. H.



## Sozialgesetzgebung

# Reformen oder Reformismus?

In Frankreich und Italien ist die Linke in der Arbeiterschaft fest verwurzelt. Sie ist ein politischer Faktor, der dadurch auch Inhalt und Charakter von sozialen Verbesserungen und Reformen mitentscheiden kann. In unseren Breiten bewegt sich die Linke (inkl. der KPÖ) bestenfalls am Rande der Arbeiterschaft und die linken Gruppen sind, wie seinerzeit Togliatti über die meisten westeuropäischen kommunistischen Parteien schrieb, mehr oder weniger gute Agitationsgruppen. Diese unterschiedliche Situation wird besonders im sozialpolitischen Bereich spürbar und führt zu ernsthaften ideologischen, aber auch taktischen Problemen.

In der Theorie ist es jedem Linken bekannt, daß im Kampf für den Sozialismus auch der Kampf zur Erreichung von materiellen und sozialen Verbesserungen für die Arbeiterschaft im Kapitalismus beinhaltet ist. Reformen alleine genügen nicht, aber ohne Reform keine Revolution. Gleichzeitig ist aber auch erkennbar, daß Reformen dazu führen können, die Existenz des Kapitalismus erträglicher zu gestalten und daher zu verlängern.

Nicht von ungefähr versuchte seinerzeit der alte Bismarck die Arbeiterbewegung mit zwei Waffen zu schlagen. Erstens: Die Unterdrückung der Arbeiterorganisationen durch den Staatsapparat; zweitens: Die Einführung "sozialer Reformen" durch den Staat, um so die sozialistische Arbeiterbewegung funktionslos zu machen. Dieser Hinweis dient dazu, bewußt zu machen, daß Reformen, auch im Rahmen bürgerlicher Strategie, eine bedeutende Rolle zukommen.

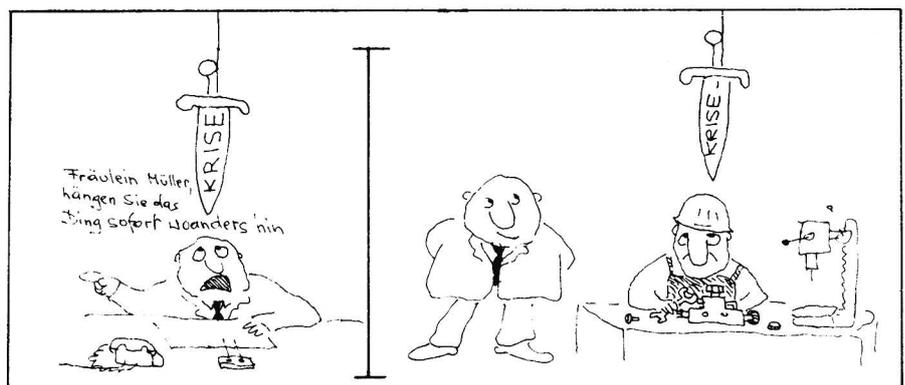
Schließlich – und auch das erschwert eine 'klare' Haltung zu Verbesserungen auszuarbeiten – ist die Bandbreite der Verbesserungen nicht fixierbar und – das gilt speziell für Österreich – sie werden nicht voll ausgenutzt.

Grundsätzlich, wollen wir uns nicht von der Arbeiterschaft hoffnungslos isolieren, müssen wir jede Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten unterstützen. Das heißt jedoch nicht, daß wir verzichten können, darauf hinzuweisen, wie die Verbesserungen erreicht werden, von wem sie erkämpft werden und welche Auswirkungen sie bewußtseinsmäßig haben.

Sozialminister Häuser hat nun einige Verbesserungen angekündigt, wie:

Vier Wochen Mindesturlaub  
Erhöhung des Arbeitslosengeldes  
32. ASVG-Novelle u. a. m.

Allen diesen Vorschlägen setzt das Kapital Widerstand entgegen. Die ÖVP-Sprecher warnen davor, Österreich an den Rand des Ruins zu bringen. Bezeichnend ist die Haltung des ÖAAB, der ursprünglich wesentlich größere Verbesserungen verlangte, aber von der ÖVP zurückgepfiffen wurde. Die Haltung der Unternehmer zeigt, daß sie vorerst nicht gewillt sind, Verbesserungen zuzustimmen. Erst wenn damit der 'soziale Frieden' gerettet werden kann, der ihre Herrschaft verlängert, sind sie bereit 'kleine Zugeständnisse' zu machen.



Als konkretes Beispiel sei das Urlaubsgesetz angeführt. Ursprünglich hätte es schon heuer vier Wochen Urlaub geben sollen. Doch dem Geschrei der Unternehmer wurde sofort nachgegeben und die Einführung vorerst auf 1977 verschoben.

Dieser Gesetzentwurf ist aber schon von Haus aus, ein Kompromiß mit den Unternehmern. Nicht nur seitens der Linken, sondern in weiten Kreisen der Arbeiterschaft ist die Forderung nach einer Woche mehr Urlaub, bzw. nach voller Anrechnung der Vordienstzeiten laut geworden. Es ist ja auch nicht einzusehen, weshalb ein Arbeiter oder Angestellter, der in mehreren Betrieben geschuftet hat, weniger Urlaub benötigt als derjenige der nur in einem Betrieb tätig war.

Die Urlaubsfrage wurde jedoch bewußt von der Gewerkschaft nicht in die Betriebe getragen und zur Kampffrage gemacht (obwohl sie das herrschende System kaum gestürzt hätte), sondern die Sozialpartnerschaftsmechanismen setzten sofort ein. In kleinen Gremien wird mit dem "Sozialpartner" der Kompromiß ausgehandelt, der zweifellos die Grenzen des Erreichbaren nach unten verlagert. Dies führt dazu, daß zwar geringe Verbesserungen bleiben, aber bei weitem nicht das Mögliche herausgeholt wird. Damit beraubt man die Arbeiterschaft ihrer stärksten Waffe: des gemeinsamen und solidarischen Kampfes um ihre Interessen.

Es werden dadurch verheerende bewußtseinsmäßige Auswirkungen erreicht. Illusionen in den bürgerlichen Staat werden genährt, außerparlamentarische Bewegungen werden diskreditiert und die Arbeiterschaft entmündigt.

Diese Art der Reformen, auch wenn sie die eine oder andere Verbesserung mit sich bringen, binden die Arbeiterschaft stärker an das System.

Darauf müssen wir unsere Agitation richten, die Grenzen und Gefahren der Reformen aufzeigen ohne in den Fehler zu verfallen, den Arbeitern und Angestellten den Eindruck zu vermitteln, überhaupt gegen Verbesserungen zu sein oder nur Lizitation zu betreiben.

Daß das nicht einfach ist, ist uns bewußt, aber es ist die einzige Chance, politisch von der Arbeiterklasse ernst genommen zu werden.

S. M.



## Öffentlicher Dienst: Wie radikal ist Gasperschitz ?

Der Theaterdonner hat sich gelegt, der Vorhang ist gefallen. Die Hauptdarsteller, die ihre Rolle virtuos gespielt haben - sei es mit Auf-den-Tisch-hauen, raunzen, beteuern oder maulen - können sich befriedigt hinter ihre Schreibtische zurückziehen. Bis zur nächsten Gehaltsrunde.

Der Verlauf des Stückes ist bekannt. 38 Tage hat es gedauert - 38 Tage, bis auch die Führung der vom ÖAAB dominierten Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten vom hohen Roß der Demagogie stieg und das Angebot der Regierung mit leisem Knurren akzeptierte. Noch am 26. März, einem wahren Kampftag, hatten alle vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes auf ihren am 3. März erstmals vorgelegten Forderungen - Erhöhungen zwischen 12 und 9 % ab 1. Juli 1976, Laufzeit ein Jahr - so grimmig beharrt, daß sogar Worte wie "Streik" und "Demonstration" durch den österreichischen Blätterwald geisterten.

Am 30. März, als Lausecker das Regierungsangebot präzise formulierte (10,5 bis 6,5 % ab 1. Juli 1976, zusätzlich 1,5 % ab 1. Jänner 1977, Laufzeit bis Ende 1977; natürlich bezogen auf Bruttogehälter bei einer jährlichen Inflationsrate von 8 %) begann die Einheitsfront der roten und schwarzen Gewerkschaftsführer zu zerbrechen.

Die Fraktion sozialistischer Gewerkschafter zeigte sich von den Argumenten der Dienstgeberseite, daß Sicherheit eben ihren Preis habe und man für das Privileg der Pragmatisierung (das rund 80 % der 600.000 Betroffenen genießen; diese Prozentzahl ist allerdings bezeichnenderweise im Abnehmen begriffen, weil in vielen Bereichen praktisch kaum mehr Pragmatisierungen von Vertragsbediensteten durchgeführt werden) schon ein bißerl Reallohnverlust in Kauf nehmen müsse, beeindruckt.

Am 1. April stimmte die Gewerkschaftsleitung der Eisenbahner, am 5. die der Gemeindebediensteten und am 7. die der Postbediensteten dem Regierungsangebot zu. Gasper-

schitz wurde es nun doch vor sich selbst unheimlich, stand doch nun gerade er als "Radikaler" allein auf weiter Flur da. So gaben auch er und sein Team am 9. April ihre Zustimmung, den aufsteigenden bitteren Groll vieler Bediensteter mit dem Zuckerl bekämpfend, daß verschiedene Spartenprobleme (vor allem der Lehrer) noch gesondert behandelt werden sollen.

Nun kann das Verhalten der sozialistischen Gewerkschaftsfraktion keineswegs überraschen. An die Politik der SP-Regierung gebunden, völlig auf Sozialpartnerschaft eingeschworen, zwar wachsender Unzufriedenheit, aber keinem massiven Druck der Basis ausgesetzt - standen ihre Verhandler, von ihrer Warte aus gesehen, eigentlich nicht einmal vor einem Dilemma. (Daß der Druck von unten dabei aber sehr wohl im Zunehmen begriffen ist, zeigt etwa der Warnstreik der Bediensteten der Zentralwerkstätte Simmering der Wiener Verkehrsbetriebe vom 6. April.) Und speziell in den Sektoren, die zum Bereich der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten zählen - allgemeine Verwaltung, Lehrer usw. - braucht die SPÖ auch nicht beschwichtigend leisezutreten; der traditionell überwiegend schwarzen Beamtenschaft eins auszuwischen, tut ihr nicht weh. Dementsprechend ist ja der Spielraum für technokratische Reformen der SP-Regierung gerade hier am größten. Das zeigt sich an den Universitäten, aber auch in dem - nach Protest der Gewerkschaft schon vor längerer Zeit aufgeschobenem, aber vielleicht noch nicht ganz aufgehobenem - Lausecker-Entwurf zum Dienstrecht der Beamten, mit dem der "Leistungsorientierung" eine Lanze gebrochen werden sollte.

Der ÖAAB, auf der anderen Seite, ist in einer bedeutend komplizierteren Situation. Scheint es einerseits verlockend und leicht, gegenüber der SP-Regierung eine harte Lizitationspolitik zu verfolgen, so darf andererseits nicht vergessen

werden, daß für die Dienstnehmer günstige Gehaltsabschlüsse im Staatsdienst in anderen Bereichen beispielhaft und als Rückhalt für eigene Forderungen aufgefaßt werden könnten. Und das kann für die Leute unangenehm werden, die in der ÖVP zu bestimmen haben. Schließlich können, abgesehen von diesem unauflösbaren Widerspruch, auch taktische Fragen eine große Rolle spielen, wie folgender Zusammenfassung eines Jahres ÖAAB-Wetterfahnenpolitik zu entnehmen ist:

Im April 1975, als von seiten der ÖVP ein ein- bis dreijähriger Verzicht der österreichischen Werktätigen auf Lohnerhöhungen verlangt wurde, war vom ÖAAB nicht viel zu hören. Einen Monat später - der Stimmenfang für die Wahlen hatte begonnen - kam Gasperschitz groß heraus und forderte 12 % Bezugserhöhung ab 1. Juli 1976. Schon bald darauf hörte man allerdings auf der ÖAAB-Tagung in Wildschönau andere Töne von ihm: Die Beamten seien durchaus zu einem Notopfer bereit. Kein Wunder, denn inzwischen war ja die ÖVP auf Konzentrationsregierungskurs gegangen.

Als die ÖVP, nach der verlorenen Nationalratswahl, wenigstens die Personalvertretungswahlen gewinnen wollte, erfolgte der nächste Schwenk. Als Wahltag präsentierte Gasperschitz eine Kopie der Metallarbeiterforderungen: 10 % Erhöhung, mindestens jedoch 600.- S. Schon am 2. Dezember (dem letzten Wahltag) wertete er sie allerdings zu einer Variation unter mehreren möglichen Gehaltsforderungen ab. Dazu hatte er einen guten Grund, weil der Präsident der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Sallinger, anlässlich seiner Wiederwahl erklärte, daß die Lohnerhöhungen 1976 unter der Inflationsrate bleiben mußten. Am 17. Dezember wurden in einer

ist klar, daß eine Aufblähung des Staatsapparates eine Belastung für die gesamte Bevölkerung darstellt. Andererseits muß gesagt werden, daß etwa in den unteren Verwendungsgruppen im Staatsdienst die Bezahlung zum Teil untragbar niedrig ist. Insgesamt sollen Lösungen jedenfalls nicht unter dem Motto "Gleiches Unrecht für Alle" zustandekommen. Eine Verteufelung der Staatsdiener in den Augen der übrigen werktätigen Bevölkerung, um Abbaumaßnahmen in diesem Bereich leichter durchführen zu können und Solidarität zu verhindern, dient nach dem Motto "Teile und Herrsche" schließlich nur den Spitzen des Staates, aber auch der Industrie.

Sich mit diesen Fragen kritisch auseinanderzusetzen, ist eine Aufgabe gewerkschaftlicher Initiativgruppen im öffentlichen Sektor. In der GAKU (Gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft kritische Universität), über die in "offensiv links" schon ausführlich berichtet wurde, werden

etwa das Problem der Pragmatisierung und andere Fragen des Dienstrechtes intensiv diskutiert. - Es besteht sonst die Gefahr, daß richtige Detailargumente demagogisch vor den falschen Karren gespannt werden, dessen Lauf dann nicht nur für die öffentlich Bediensteten, sondern allen Lohnabhängigen nichts Gutes bringt. Während es aber bei den Universitätslehrern verhältnismäßig rasch gelungen ist, eine Arbeitsgemeinschaft aufzubauen, sind in anderen Bereichen die Schwierigkeiten bedeutend größer. Dies trifft vor allem auf die Zentralverwaltungen (Ministerien) und die ihnen nachgeordneten Verwaltungsdienststellen (Zollämter, Finanzämter usw.) zu. Zunehmender Abbau von Privilegien und Reallohnverlust werden aber in Zukunft auch die Kollegen in diesem Bereich zu einer klareren Einschätzung der Lage zwingen.

H. H.



## Bundeskongreß der Bewegung für Sozialismus (föj) 17. bis 19. Juni 1976



Die Diskussion zum Bundeskongreß der BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS (föj) wird - außer mit einigen Artikeln in "offensiv links" - in der Zeitschrift "aspekte" geführt. "aspekte" Nr. 60 enthält: Zolt Bathe, ...

»Huber-Haus«:

## Mieterkampf in Margareten

Am Freitag, den 9. April 1976 gegen 9 Uhr marschierten zwanzig zum größeren Teil ältere Leute zum Bezirksvorsteher Margareten. Die Leute kamen nicht um zu huldigen oder behuldigt zu werden – ihnen ging's um die Existenzfrage. Es sind alle Mieter des Hauses Margaretenstraße 88, die da beim Bezirksboß Johann Walter, SPÖ, vorstellig wurden. Der Grund: ein seit drei Jahren schwebendes Kündigungsverfahren gegen sie, hat ein zum Himmel stinkendes Stadium erreicht. Nach 3 Urteilen der verschiedenen Instanzen, vom Bezirksgericht zum Obersten Gerichtshof, mit den verschiedensten Ausgängen und "Rechtssprüchen" waren die Mieter zusehends verunsichert worden. Als sich der Hauseigentümer des, seiner Meinung nach abbruchreifen Hauses, noch in Widersprüche manövrierte – so wurde der Straßentrakt renoviert, obwohl den darin Wohnenden Kündigungsklagen zugegangen sind – nahmen selbst die zurückhaltendsten Pensionistinnen den guten alten Kampf auf.

Sie begannen sich vorerst abzusprechen. In den Diskussionen kristallisierte sich eine Sprecherin heraus, die den Kampf gegen den Hausherrn, den Magnaten und Kaufmann, "Werkzeughuber" - organisierte. Im Sommer 1975 nahm sie Kontakt zum ORF auf, um in der Sendereihe "In eigener Sache" den Fall vorzutragen.

Dabei machte sie und mit ihr die Mieter die Erfahrung, daß das nicht so einfach möglich ist. Man ist am Königberg dem Hausherrn zu Kreuz gekrochen und hat in einer Flut von Briefen die Mieter hinauskomplimentiert. Nach einem halben Jahr Vertröstung hatten die Leute genug.

Sie legten Unterschriftenlisten an, schafften im Alleingang 250 Unterschriften und sandten sie dem Bezirks herrn. Doch dort sah man sich nicht genötigt ein Ohr zu rühren. Kein Wunder, ist doch der Ex-SS-Mann



Das ist das "abbruchreife" Haus, merkwürdigerweise renoviert...

und es kann sich offensichtlich kein Bezirksvorstand leisten, mit dem "Werkzeug-Huber" nicht gut Freund zu sein.

Ein Brief an die "Margaretner Zeitung" brachte wieder Schwung in die Sache und macht den Mietern Mut. Als ein Redakteur des ORF davon erfuhr, gab's im Österreich-Magazin einen Beitrag zur Situation. Da hatten die Bewohner die Möglichkeit, ihren Fall öffentlich darzulegen. Auch der Hausherr hatte Gelegenheit sich vorzustellen. Mit Sätzen wie: "Jeder Jud' wird schäbig, das Haus ist wie ein alter Jud'" gelang ihm dies einigermaßen.

Am 2. April erhielten die Mieter Ersatzwohnungsvorschläge des Hausherrn. Diese sind Ausdruck schäbigster Mieterausbeutung. So wurde ein Teil der Leute in ein tatsächlich abbruchreifes und zur Zeit leerste-

hendes, bereits gepölztes Haus eingewiesen, das ebenfalls dem Nazi gehört. Dieser völlig unzumutbare Vorschlag trieb die Mieter ein paar Tage später zum Bezirksvorsteher. Der empfing sie überraschend höflich und versprach, sich für sie einzusetzen. Trotzdem wird es notwendig sein, sich aktiv um die Angelegenheit zu kümmern und mit Nachdruck auf die rechtlich abgesicherte Schweinerei hinzuweisen, die heute Praxis ist um den Ärmsten und Wehrlosesten der Bevölkerung noch mehr Blut aus den Adern zu saugen. Zahlt jetzt eine Frau ca. 500,- Schilling Miete, wird sie nach den Vorschlägen die bis jetzt gemacht wurden bis zu 3.000,- Schilling ohne Betriebskosten zu zahlen haben – in einem anderen Huber-Haus.

G. W.



## Lehrlingsausbildung

# Was wird besser?

Mit Begründungen wie: "die Attraktivität der Lehrlingsausbildung steigern", "das Ansehen des Facharbeiters heben" und "die berufliche Mobilität fördern", versucht das Jugendreferat des ÖGB seine Vorschläge zur gesetzlichen Neuregelung der Berufsausbildung zu untermauern. Aber solche Begründungen stellen den Kollegen Kinigadner, Hofstetter und Verzetnitsch – so leid es uns tut – doch ein Armutszeugnis aus.

Natürlich versucht jeder Lohnabhängige seine Haut so teuer wie möglich auf dem Arbeitsmarkt zu verkaufen. Aber, bitteschön, es geht doch wirklich nicht hauptsächlich darum, daß die Lohnabhängigen ihre Arbeitskraft besser anbieten können, sondern darum, sich nicht mehr an jeden dahergelaufenen Unternehmer prostituieren zu müssen. Es stellt sich doch heute immer dringlicher die Frage, wer, wie, wo, was, wann produzieren läßt. Aber anscheinend überfordern solche Fragestellungen doch die Kapazität der kleinen Bürokratenhirne dieser Herren. Daß heute Meinung gemacht wird, mittels der Massenmedien und einer auf Hochtouren laufenden Verblödungsmaschinerie, scheinen sie aber doch begriffen zu haben. Und was tun sie dagegen?... Gar nichts! Jedem seine Kronenzeitung und er wird den Kapitalismus als das Alleinseligmachende akzeptieren! Wer hat denn da kräftigst mitgeholfen, damit die Kronenzeitung zu dem werden konnte, was sie heute ist, liebe "Kollegen" Spitzenfunktionäre des ÖGB?

Zynismus beiseite: Worum geht es in dem vorgelegten Gesetzesentwurf zur Reform der beruflichen Bildung? Der im Dreck steckende Karren "Berufsausbildung" soll wieder flott gemacht werden. Um den wirtschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden, muß die Berufsausbildung immer intensiver durchgeführt werden. Die kleinbetriebliche, betriebspezifische Ausbildung ist der größte Hemmschuh auf dem Weg zu einer einheitlichen und dem hohen technischen Niveau angepaßten Berufsausbildung. Einerseits kann die Großindustrie die im Gewerbe ausgebildeten Arbeitskräfte nicht ganz nach ihren Wünschen einsetzen und

andererseits haben solche Arbeitskräfte aufgrund ihrer schlechten Berufsausbildung mit erheblichen Schwierigkeiten zu rechnen, wenn sie vom Gewerbe in die Industrie abwandern.

Vorgeschlagen wird nun die Gründung eines Bundesinstitutes für Berufsforschung und die Errichtung eines Hauptverbandes für Berufsbildung mit angeschlossenen Landesberufsbildungsstellen. Diese – wie nicht anders möglich – paritätisch besetzten Gremien werden von ihrer Konzeption her der Bürokratie nur Vorschub leisten. (Aber was kann schon dabei herauskommen, wenn Bürokraten planen!) Selbstverständlich bedeutet dieser Vorschlag schon einen gewissen Fortschritt, denn bisher lag die Berufsausbildung ausschließlich in den Händen der Unternehmer. Demokratische Kontrollmöglichkeiten soll es auch weiterhin nicht geben und Vertreter der Arbeiterjugend sind auch von vornherein ausgeschlossen.

Das Bundesinstitut und die Landesberufsbildungsstellen sollen folgende Aufgaben haben bzw. für diese sieht der Gesetzesentwurf folgendes vor:

Erarbeitung von Grundlagen für die Planung, Organisierung, Durchführung und Weiterentwicklung der beruflichen Bildung, Bildungs- und Berufsbildungsberatung allgemein, Berufsberatung ab der 6. Schulstufe für alle Schultypen, bessere Ausbildung der Berufsberater, Einteilung der Berufsausbildung in Lehr- und Flächenberufe, Erstellung von Berufsbildungsvorschriften, Ausstellung bzw. Entziehung von Lehrberechtigungen, für lehrberechtigte Unternehmen besteht Ausbildungspflicht, Lehrgänge für Auszubildende, Erleichterungen für den Lehrling, bei der Lösung von Lehrverhältnissen, Abhaltung von Zwischen- und Lehrabschlussprüfungen, Erhöhung des Lehrlingslohnes auf 40, 60 und 80 % des betreffenden kollektivvertraglichen Facharbeiterlohnes, Finanzierung aus Unternehmern, Förderung von zwischen- und überbetrieblichen Lehrwerkstätten.

Um den Bestrebungen des Gesetzesentwurfes gerecht zu werden, wird von der ÖGJ (Österreichische Gewerkschaftsjugend) noch vorgeschlagen:

Einführung der Gesamtschule, der Anteil der Berufsschule an der beruflichen Bildung soll 40% der Arbeitszeit betragen, Reform der Lehrpläne und der Berufsschulen überhaupt und Einführung von allgemeinbildenden Fächern wie z. B. politische Bildung, lebende Fremdsprachen und Sport als Pflichtgegenstände, pädagogische Ausbildung der Berufsschullehrer, Einführung von Berufsschullehrgängen für Jugendliche, die in keinem Ausbildungsverhältnis stehen.

Also der ÖGJ-Gesetzesentwurf würde zweifellos Verbesserungen für die Arbeiterjugend bringen. Deshalb muß er von uns auch unterstützt werden – trotz gewisser Kritik.

Auf alle Fälle wurde die Diskussion über die Berufsausbildung durch den ÖGJ-Vorschlag wieder angeheizt. Wir sollten uns vorbehalten, auch noch ein kräftiges Wort dabei mitzureden. Denn ohne Zweifel wird der Gesetzesentwurf nur durch harte Auseinandersetzungen mit den Unternehmervereinigungen durchzusetzen sein.

Sowohl der 14. Jugendkongreß als auch der 8. Bundeskongreß des ÖGB haben einstimmig die rasche parlamentarische Behandlung des Gesetzesentwurfes gefordert. Ob das der richtige Weg ist? Die Unternehmerverbände jedenfalls lehnen die Entwürfe kategorisch ab. Der ÖGB übt bisher weise Zurückhaltung – wie so oft in letzter Zeit. Auf wessen Kosten diese Zurückhaltung geht, ist ja schon hinlänglich bekannt...

W. M.



# Rassisten sind gute Handelspartner

Südafrika ist Österreichs drittgrößter außereuropäischer Handelspartner. Mindestens fünfzehn österreichische Betriebe sind in direkter oder indirekter Form an südafrikanischen Investitionen oder Produktionsstätten beteiligt. Am bedeutsamsten ist das Engagement der Gebrüder Böhler, auch die VOEST will beträchtlich ins südafrikanische Geschäft einsteigen. Geplant ist der Bau eines riesigen Stahlwerkes. Die VOEST soll mit 26 Prozent am Hüttenwerk beteiligt werden. Der österreichische Finanzierungsanteil soll ca. 7 Milliarden Schilling betragen, davon 300 Millionen Schilling Kapitalbeteiligung, 2 Milliarden Schilling für die Lieferung der Hüttenwerkanlagen und der Rest für eine jährliche staatliche Risikohaftung im Verlauf der nächsten zehn bis fünfzehn Jahre. Daneben ist die VOEST schon fix am Erzabbau in der nördlichen Kapprovinz und am Bau eines Hafens in der Saldanha-Bay beteiligt. In letzter Zeit wurden von Seiten der ÖIAG Zweifel an der beabsichtigten Höhe des Engagements in Südafrika geäußert. Es sind keine prinzipiellen Bedenken, ob man damit vielleicht doch das Rassistenregime stärke, vielmehr sind es ökonomische und politische Erwägungen: Setzt man auf ein untergehendes Schiff? Die grundsätzliche Bereitschaft der Kreisky-Regierung steht aber außer Zweifel.

- o In der UNO enthalten sich die österreichischen Delegierten bei Resolutionen zur Verurteilung der Apartheidpolitik der Stimme.
- o Drei österreichische Großbanken (CA, Länderbank, Girozentrale) sind an einer internationalen Anleihe zur Finanzierung von industriellen Vorhaben in Südafrika beteiligt, darunter die Girozentrale an führender Stelle.
- o Das meiste Uran für das erste österreichische Kernkraftwerk in Zwentendorf soll von Südafrika geliefert und in den USA angereichert werden.
- o Während viele westliche Staaten sich weigern, kulturelle, sportliche und gesellschaftliche

Kontakte mit Südafrika zu pflegen, kennen da die österreichischen Behörden keine Hemmungen. Die PRESSE und der KURIER lassen sich von südafrikanischen Propagandastellen für deren Ziele instrumentalisieren und bringen skandalöse Beschönigungsartikel über diesen Staat. Der proportionale Anteil der Auswanderer nach Südafrika ist der höchste in ganz Europa.

Rhodesien, das verbal von der UNO mit einem allgemeinen Wirtschaftsboykott belegt wurde, steht in engen Handelsbeziehungen zu Österreich – obwohl sich Österreich dem Boykott der UNO gegen Rhodesien angeschlossen hat, ist die VOEST beim Bau und der Lieferung von zwei Stahlwerken beteiligt. Die Investitionskosten der VOEST übersteigen auch hier eine Milliarde Schilling. Die Machinationen der Simmering Graz Pauker AG zur Umgehung der UNO-Erklärungen bei der Lieferung von Lokomotiven nach Rhodesien sind sicher noch in Erinnerung. Die AUA bucht Touristenflüge nach Rhodesien, die nach dem "Interline"-Abkommen ebenfalls als illegal gelten. Seit 1968 werden weiters unter anderem Magnesit-Ziegel und anderes Baumaterial nach Rhodesien exportiert, aus dem Rassistenstaat importiert Österreich Tabak, Rindfleisch, Asbest, Ferrochrom u. a. m.

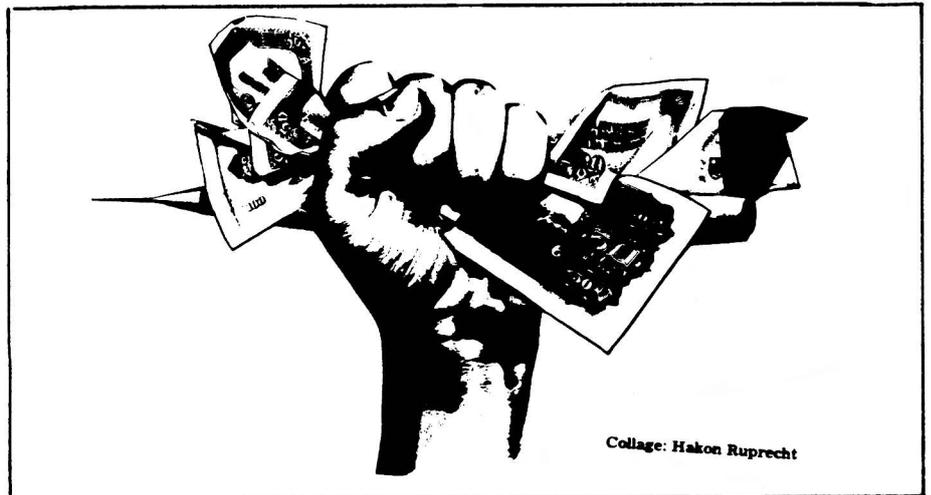
Die wirtschaftlichen Beziehungen mit beiden Staaten weiten sich aus.

Mit der Beteiligung an den dort errichteten Werken zieht die VOEST Profit aus der niederen Lohnstruktur, dem "sozialen Frieden" und den vorhandenen Rohstoffen.

Die österreichische Regierung und die ÖIAG verteidigen ihr Engagement in Rhodesien und Südafrika mit beschäftigungspolitischen Argumenten. Die Auftragslage für die VOEST würde gesichert werden, die Rohstofffrage geklärt und ein positiver Beitrag zur Industrialisierung Rhodesiens und Südafrikas geschaffen werden. Diese ersten beiden Argumente sind immanent widerlegbar. Nur so erklären sich die Zweifel der VOEST, die Investitionen im geplanten Ausmaß auch tatsächlich zu tätigen. Das dritte Argument ist blanker Hohn. Geht es durch die ausländischen Investitionen den Schwarzen materiell, politisch und rechtlich auch nur ein klein wenig besser oder können damit die herrschenden Regimes noch mehr ihre ökonomische und politische Macht festigen?

Die ökonomischen Verflechtungen Österreichs (insbesondere der VOEST, Simmering Graz Pauker AG, Gebrüder Böhler und der verstaatlichten Banken) mit den Rassistenregimes hat seinen politischen Preis. Österreich spielt in der Weltpolitik in diesen Fragen eine außerordentlich reaktive Rolle. Österreichs Regierung trägt Verantwortung dafür, daß die Minderheitenregimes in Südafrika und Rhodesien noch ihre Macht behaupten können.

H. S.



Collage: Hakon Ruprecht

# Linke Kinder und der Liebe Gott

Wenn die neueren Religionsbücher dem ersten Eindruck nach auch progressiv erscheinen und manche Religionslehrer sich die Beliebtheit ihres Unterrichts mit vielem Zeichnen und Spielen, mit Schmähen und katholischer Freundlichkeit (bei der man Angst hat, daß sie jederzeit umschlagen kann in giftige Worte) erkaufen, so wird einem doch Angst und bang bei dem Gedanken, daß viele Religionslehrer bei unvollständiger Beichte mit längerem Schmachten im Fegefeuer drohen und die Schüler in den Religionsstunden ständig mit dem Phänomen des Todes und der Abhängigkeit von Gott und seiner Gnade ("Der Mensch denkt und Gott lenkt") konfrontieren. In ländlichen Gebieten wird all dies von den Kindern wohl noch ernster genommen als in der Großstadt, doch der bewährte Spruch "Gott sieht alles" kommt sicher bei allen Kindern gut an. Es werden ihnen Schuldgefühle eingeflößt und man gibt ihnen das Gefühl der ständigen Kontrolle. So erzeugt man aus ihnen brave, gehorsame und autoritätsfixierte Schüler und formt sie zu handlichen Werkzeugen derer, an die sie später ihre, in der Schule ausgebildete, Arbeitskraft verkaufen müssen.

Daß auch die SPÖ dieser Einschüchterung der Schüler durch den Religionsunterricht nicht viel entgegenzusetzen hat und der Kirche wohlwollend unter die Arme greift, wird unter anderem deutlich daran, wie frei man katholische Schulen schalten und walten läßt.

Die im Bildungsprogramm der SPÖ enthaltene Forderung nach neuen Qualitäten wie "Flexibilität und Selbständigkeit der Schüler" kann zwar vom Religionsunterricht nicht eingelöst werden, doch ist diese auch nur so zu verstehen: Flexibilität und Selbständigkeit wird nur dann honoriert, wenn ihr Einsatz die Arbeitskraft besser verwertbar macht. Daß der Religionsunterricht noch sehr im Schulbereich verankert ist, kann man aber im wesentlichen dem Einfluß

des ÖVP-nahen katholischen Lehrervereins und auch Elternvereins auf das Schulwesen zuschreiben. Dieser wird sich auch in bezug auf die Einführung der Gesamtschule bemerkbar machen. Die Abneigung dieser katholischen Verbände gegen gemeinsame Ausbildung der Kinder aus allen Sozialschichten hat seine tiefen Wurzeln! - Nicht alle dürfen vom Baume der Erkenntnis naschen! Das macht ungehorsam und frei!... Am Land, wo der Einfluß der Kirche noch viel stärker ist, hört man bei den Bauern heute noch Sprüche wie "Gescheite Kinder sterben bald,"... also nur nicht zu viel Bildung, zumindest für die Unterschicht! So hat man ihnen's eingeredet! Nur Berufene, dafür Geborene, dürfen Ärzte, Lehrer, Offiziere, Priester und Künstler werden... Berufe, die "Persönlichkeiten" erfordern, die kann nur der ergreifen, dem's gegeben ist! Gerade die Kirche fördert das reaktionäre Lehrerbild vom Lehrer, der alles recht macht, dem keine Fehler unterlaufen, dessen Persönlichkeit wichtiger ist als die Inhalte, die er den Schülern vermittelt, - Ein Kult der Scheinheiligkeit und der Verlogenheit! Kein Wunder, wenn aus den Schulen lauter "Kriecher" entlassen werden!

Wenn nun der Religionsunterricht solch negative Auswirkungen hat, und viele fortschrittliche Eltern sich dessen auch klar sind, warum werden fast keine Kinder vom Religionsunterricht abgemeldet? Viele Eltern wissen möglicherweise gar nicht, daß der Religionsunterricht als Freifach gilt, da man sie seitens der Schulbehörde weder bei Anmeldung für die Volksschule noch bei Schulbeginn darauf aufmerksam macht. Die Kinder gelten nämlich automatisch für den Religionsunterricht angemeldet, sofern die Eltern sich nicht ausdrücklich dagegen in Form einer schriftlichen Abmeldung aussprechen.

Außerdem ergeben sich beim Abmelden vom Religionsunterricht etliche Probleme. Bei der geringen Anzahl

der Abmeldungen wird das Kind in eine Außenseiterposition gedrängt. und dies ganz besonders, wenn die Abmeldung nicht sofort zu Schulbeginn geschieht. In letzterem Fall könnten die anderen Kinder die Sonderstellung des einen Kindes von vornherein als gegeben betrachten und nicht so sehr darauf aufmerksam werden.

Ob man diese Entscheidung fällt, hängt natürlich auch davon ab, wie weit die jeweilige Klassenlehrkraft diesen Entschluß verstehen würde. Denn sonst könnte man dem Kind unter Umständen entscheidendere Belastungen auferlegen, als dies durch die Auswirkungen des Religionsunterrichtes geschehen wäre. Nimmt ein Kind nicht teil und kann es den anderen Kindern gegenüber das nicht richtig vertreten - wie soll man einem sechsjährigem Schüler diese Problematik einleuchtend darstellen? - so könnte es zu einem Überbewerten dieses "Versäumnisses" durch die anderen Kinder und zu einem "ins Gewissen reden" seitens der Lehrer und Kinder kommen und dies würde einige Probleme mit sich bringen. Diese Tatsache spricht scheinbar für eine Abmeldung erst in höheren Schulstufen, dabei könnte man dem Kind die Prozedur des Beichtens dadurch ersparen, daß man es nicht in den Erstkommunionsunterricht bzw. beichten schickt. Wesentlich wäre es vielmehr, mit dem Kind regelmäßig über die Inhalte des Religionsunterrichts bzw. über die gesellschaftliche Funktion der Kirche zu sprechen. Gibt man dem Kind zu Hause die Möglichkeit zu freier Kritik am gesamten Schulgeschehen und an seinen Lehrern und spricht über die Integrationsprobleme in die Klassengemeinschaft, die durch das Fernbleiben vom Religionsunterricht entstehen können, so kann und soll man meines Erachtens die Möglichkeit des Abmeldens von diesem verdummenden Gegenstand mit ruhigem Gewissen auch nützen.

E. W.



# Schulskandal in Tirol

Am 19. Februar 1976 geschah in der Ganztagschule (GTS) Prutz für Österreich Einmaliges. In einem spontanen Akt verlassen die Lehrer mit 630 Schülern die Ganztagschule und verhindern so eine Inspektion durch den Landesschulinspektor. Dieser antiautoritäre Akt setzt den Startschuß für eine öffentliche Kampagne in der der gnadenlose Kampf von Bürokratie und Parteiinteressen gegen eine Bürgerinitiative zu Tage kam. Was war vorgefallen:

Im Jahre 1970 entschlossen sich die Gemeinde Ried/Prutz zusammen mit Eltern und Kirchenfunktionären dem allgemeinen Bedürfnis nach einer Ganztagschule nachzukommen. Diese stellte sich besonders im ländlichen Raum als notwendig heraus, da es hier schon lange ein allgemeiner Zustand ist, daß in der Familie auch die Mutter, sei es in der Landwirtschaft oder im eigenen Fremdenverkehrsbetrieb, ganztätig beschäftigt ist. Die Kinder sind in dieser Situation immer schon benachteiligt gewesen. Entsprechend die Ganztagschule also dem Bedürfnis der Bevölkerung die Eltern zu entlasten und die Kinder zu fördern, so ging man sehr konsequent an die Organisation der Schule. Seit dem Schuljahr 1970/1971 läuft nun die Schule zur Zufriedenheit aller unmittelbar Betroffenen. Bis 1974 bezahlten die Eltern den finanziellen Mehraufwand gegenüber der Normalschule noch selbst. Nach der Aufnahme der Schule in das offizielle Schulversuchsprogramm der Bundesregierung 1974, die von den lokalen ÖVP-Funktionären beantragt worden war, wurde den Eltern von Prutz/Ried auch noch die große finanzielle Belastung genommen.

Die Schule entstand als Selbsthilfeorganisation der Bevölkerung in einer vom Bauernbund dominierten und in einer der schwärzesten Gegenden Tirols. Damit begann auch das Problem für die Tiroler Bürokratie, die diesem "sozialistischen" Modell von Anfang an ablehnend gegenüberstand. An der Spitze der Bürokratie steht Dr. Fritz Prior (ÖAAB) mit seltener Machtfülle, der nicht nur Landeshauptmannstellvertreter und Schulreferent in der Tiroler Landesregierung ist, sondern auch amtsführender Präsident der Gewerkschaft

öffentlich Bediensteter, also gleichzeitig Arbeitnehmer und Arbeitgebervertreter. So sehr die Schule den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht, so sehr argumentierte die Schulbürokratie aus allgemein politischen Überlegungen und Machtinteressen dagegen. Ausdruck des Versuchs, die Schule immer wieder abzuwürgen, waren häufige, äußerst schikanöse Inspektionen durch den Landesschulinspektor, gegen die sich die Prutzer Lehrerschaft dann eben einmal zur Wehr setzte.

Direktor Gitterle wurde nach diesem Vorfall suspendiert. Die "felsenfeschten Mander" des "obernen Gerichts" (oberen Inntales) zogen darauf vor das Landhaus, geführt von Bürgermeister, Gemeinderäten und Pfarrer. Nach dem Versuch von Prior, die aufbegehrenden Oberländer mit einer falschen Rechtsauskunft niederzuhalten, wurde der Kopf von Prior massiv gefordert, was sich in der "Tiroler Tageszeitung" so ausdrückte, daß Prior zum politischen Harakiri aufgefordert wurde. Bauernbund-Wallnöfer stand dem abwartend-wohlwollend gegenüber, ist doch AAB-Prior der schärfste Konkurrent für einen von Wallnöfer unterstützten Bauernbund-Landeshauptmann oder Bürgermeister von Innsbruck. Der Versuch, Prior abzusägen, ging jedoch völlig fehl. Prior wurde am 10. April mit überwältigender Mehrheit zum neuen AAB-Obmann von Tirol gewählt.

Jenseits dieses ÖVP-Internen Machtkampfes, der es letztlich ermöglichte, daß der Prutzer Schulversuch nicht schon vor Jahren abgesägt worden war, entspringt der Kampf gegen

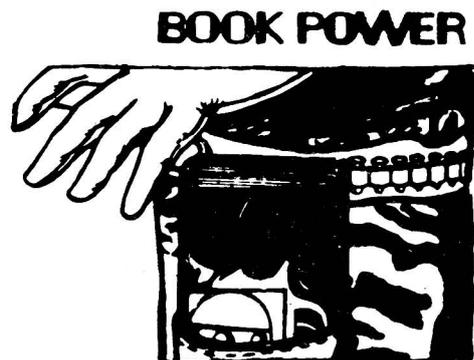
das Modell der Ganztagschule folgenden allgemeinen Gesichtspunkten:

Die Familienideologie darf nicht angetastet werden. Die Ideologie der erziehungswilligen und unter allen Umständen erziehungsmächtigen Eltern erweist sich als nützliche Ideologie zur Propagierung einer kinderreichen glücklichen Familie, die so lange als glücklich propagiert werden kann, als deren Nöte nicht öffentlich werden. Hat man also Angst, daß die Schule die Familienidylle zerstören könnte, die ja die Keimzelle des Staates ist, so hat man weiteres die Angst, daß die Ganztagschule nicht mehr die nötige Klassifikation und Auslese unter den Schülern durchführen kann. Denn Schüler, die ganztätig von Lehrern gefördert werden, werden kaum mehr ein "nicht genügend" bekommen. Und woher sollen unter solchen Bedingungen genügend unqualifizierte Arbeiter kommen?

Die ganzen Vorgänge um die GTS Prutz sind wieder einmal ein Beispiel dafür, wie in Österreich Basisbewegungen, mögen sie noch so bürgerlich sein, brutal unterdrückt werden. Da es ein allgemeines Prinzip ist, daß Schulreformen nur von "Oben" kommen können, drohen den Initiativen regionaler Interessensgruppen die Vernichtung. Im Falle Prutz wird das Modell zwar mit Hilfe von Sinowatz, der sich hier als bevölkerungsfreundlicher Saubermann hinstellen kann, vielleicht weiterleben, aber lautstarke Proponenten werden auf jeden Fall "umgebracht" werden. Prutz als Ausgangspunkt für weitere Reformen ist unwahrscheinlich, jeder neuen Bürgerinitiative wird Prutz ein warnendes Beispiel sein.

V. S. (Innsbruck) ★

**HEINZ KOLISCH**  
**LIEBIGASSE 9**  
**43 21 21**  
**1010 WIEN**



# Eine Art Emanzipation?

Gesetzesreformen ziehen eine gesellschaftliche Entwicklung nach. Sie sollen den Rahmen abstecken, in dem die Ware Arbeitskraft so reibungslos und schnell als möglich wiederhergestellt werden soll.

Genau diesen Anforderungen soll auch die Familienrechtsreform des SP-Ministers Dr. Broda gerecht werden. Ein Gesetz, was die Kompromißbereitschaft im Justizunterausschuß fünf Jahre strapazierte, um schließlich von allen "relevanten politischen Kräften", so meint Broda, verabschiedet zu werden. Historisch vergingen 50 Jahre seit dem Antrag der Abgeordneten Popp, Proft und Genossen zu einem Gesetz zur "Gleichstellung der Geschlechter" vom 21. Juli 1925 bis das Gesetz zur "Neuordnung der persönlichen Rechtsbeziehung der Ehe", BGBl. 412/1975 in Kraft treten konnte. Vergleichbare Gesetze waren in Skandinavien schon 1920 (Schweden) bis 1925 (Dänemark) verabschiedet worden.

Inhaltlich ist das Kernstück ein Bekenntnis zur "partnerschaftlichen Ehe", in der "die Rechte und Pflichten der Ehegatten im Verhältnis zueinander" gleich sind (§ 89). Dieses Postulat beinhaltet, so Broda, daß "die Entscheidungen in Ehe und Familie nach partnerschaftlichen Gründen gemeinsam und einverständlich erfolgen sollten." (Zukunft Nr. 15/16) So eine Entscheidungsfindung partnerschaftlicher Art setzt aber eine De-facto-Gleichberechtigung voraus, die durch kein Gesetz geschaffen werden kann. Die wirtschaftliche und

soziale Unterdrückung der Frau hat so manche "partnerschaftliche Entscheidung" verhindert, der wirtschaftlich unabhängige Partner wird immer einen breiteren Spielraum haben (man bedenke die Langwierigkeit von Scheidungsverfahren, in denen die ungleiche Stellung der Ehepartner erst deutlich auftritt und eine Entscheidung unmöglich machen.)

In weiterer Folge wird am traditionellen Familienideal nie gerüttelt, die Kernfamilie bleibt auch unter Minister Broda aktuell, im Gegenteil - sie wird mit Eigenschaften ausgestattet, die einem katholischen Ehrenkodex entnommen sein könnte. Abgesehen davon, daß die Ehegatten "zu gemeinsamen Wohnen, zur Treue, zur anständigen Begegnung und zum Beistand" (§ 90) verpflichtet sind, sollen sie die eheliche Lebensgemeinschaft "auf das Wohl der Kinder einvernehmlich gestalten" (§ 91).

Die Feststellung, daß der Ehegatte, der nicht erwerbstätig ist, den Haushalt führen soll (§ 95) und nicht mehr ausschließlich die Frau, ist wohl auf die notwendigen Anforderungen des Produktionsbereichs zurückzuführen. Weiters soll auch die Wahl des gemeinsamen Wohnsitzes nach eingehender Anhörung beider Ehegatten vollzogen werden, wobei im Streitfalle nach Anhörung gerechtfertigter Gründe der Richter entscheidet (§ 94).

Der § 93, der der Frau einräumt, neben ihrem ehelichen Namen auch ihren Mädchennamen zu tragen, scheint zwar den Emanzipations-

wünschen einiger SP-Sozialwissenschaftlerinnen entgegenzukommen, zeigt aber deutlich, wie leicht so ein Gesetz in totaler Oberflächlichkeit stecken bleiben kann.

Es zeigt aber auch, daß Gesetze immer einen äußerlichen, aufgesetzten Charakter haben, solange sie Bedingungen voraussetzen, in die die Sozialdemokratie nicht eingreifen will oder kann. Es hieße den Charakter eines Gesetzes überschätzen, würde man wirklich eine Gleichberechtigung der Frau daraus erhoffen. Die Unterdrückung der Frau hat ganz andere Ursachen, und soll auch dort bekämpft werden, wobei der Spielraum der Gesetzgebung Minister Brodas ausgenutzt werden kann, die verglichen mit der vorangegangenen juristischen Lage durchaus einen Fortschritt darstellt.

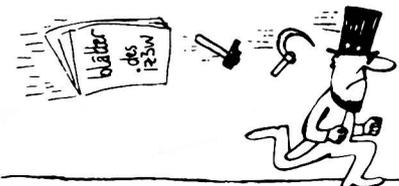
S. St. ★

## blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt

+ Nestle als Babykiller + Geheimgutachten zur Kulturpolitik der BRD in Indonesien + Wie China das Ernährungsproblem löste + NATO: Faktische Militärrallanz mit Südafrika + VW do Brasil + Sahel-Zone: Die sozio-ökonomischen Ursachen der Hungersnot + Argentinien nach Peron Vietnam: Zur aktuellen Lage +

Das sind einige der Themen, die in den letzten Hefen der blätter des iz3w behandelt wurden.



Die in 10 Ausgaben pro Jahr erscheinende Zeitschrift + enthält regelmäßig eine „Chronik der abhängigen Welt“

+ gibt Aufschluß über den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Wirtschaftsstruktur und dem Elend der Massen in der Dritten Welt

+ beleuchtet die „Entwicklungshilfe“, ihre Hintergründe und Auswirkungen

+ setzt sich in einer „Ideologiekritik-Serie“ mit den Vorstellungen der bürgerlichen Entwicklungsländertheorie und -politik auseinander

+ erörtert Theorie und Praxis der fortschrittlichen Widerstandsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt

+ nimmt Teil an der Diskussion über die Strategie der Internationalismusgruppen

Jahresabonnement bei 10 Nummern mit 40-60 Seiten: DM 25,- (für Studenten etc. DM 18,-)

Informationszentrum Dritte Welt 78 Freiburg, Postfach 5328 Tel. 0761/74003 Probeexemplar anfordern!

Absender (bitte in Druckschrift)

Probe-Exemplar an:

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_



# Für das Recht auf Abtreibung

Wieder einmal wurde uns erklärt, was das "Volk" meint und welche Einschätzung richtig sein soll. Der KB (Kommunistische Bund Wien) und seine "Massenorganisationen" zogen mit der Hauptparole "FRISTENLÖSUNG IST EIN ABTREIBUNGSVERBOT" wider "staatliche Bevormundung" ins Feld. Verständnislosigkeit und Verärgerung – wie bei den meisten Demonstrationen – machte sich unter den Passanten breit, als am 31. März 1976 die selbstgewählte Avantgarde als das "Volk" (ca. 300 Menschen) über die Mariahilferstraße marschierte, um den Passanten zu zeigen, daß sie mit der Fristenlösung nicht einverstanden ist und gegen jede Form des Abtreibungsverbotest protestiert. Dies vor allem deshalb, weil es in letzter Zeit etwas ruhig um die Abtreibungsproblematik geworden ist und zum Großteil die Meinung vorherrscht, daß die Fristenlösung trotz aller Mängel in der Ausführung und sonstiger zu kritisierender Punkte eine Erleichterung für die Frauen darstellt. Das wollen die "Massenorganisationen" nicht zur Kenntnis nehmen und vertreten ihr "Volk", wodurch sie ein gemeinsames sinnvolles Vorgehen aller, die für das Recht auf Abtreibung und gegen das Verbot der Abtreibung eintreten verhinderten. Auf diese Thema wollen wir aber nicht näher eingehen.

Wir wollen versuchen, unseren Standpunkt zum wiederholten Male darzulegen, da wir glauben, daß dies aus verschiedenen Gründen notwendig ist:

1. Die Frage der Abtreibung ist nach wie vor ein Problem und noch lange nicht im Interesse der Frauen gelöst.
2. Es gibt bezüglich dieser Frage einige Fakten, die man immer wieder aufzeigen muß und gegen die es sich lohnt aufzutreten.
3. Wird das Problem der Abtreibung im Parlament auf Grund des Volksbegehrens wieder aufgeworfen und
4. wollen wir den Genossen des KB/ML als eine "ihrer

Vorfeldorganisationen" die Antwort nicht schuldig bleiben.

Die Verfechter des Abtreibungsverbotest geben nicht nach in ihrem Kampf gegen jede Lockerung des Abtreibungsverbotest und der Durchführung legaler Schwangerschaftsabbrüche in den ersten drei Monaten, in denen sie straffrei sind. So erwiderte ein Sprecher der Bischofskonferenz auf die Frage, ob bei einer Beibehaltung der "Fristenlösung" Gegenmaßnahmen zu erwarten seien, daß zwar Kampfmaßnahmen nicht zu erwarten seien, die Kirche aber intensiver als bisher, ihren "Schäfflein" einschärfen werde, daß Abtreibung Mord sei. Sie lieferte dazu auch gleich ein Schulbeispiel:

Am 8. April 1976 erhielt Doktor Rudolf Krause in Stadl Paura, der im Rahmen der gesetzlichen Fristenlösung Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt hatte, einen Brief, in dem ihm seine Exkommunikation aus der katholischen Kirche mitgeteilt wurde. Mit dieser modernen Form der Kreuzigung will man den sehr großen Teil der katholischen Ärzte davon abhalten, Schwangerschaftsunterbrechungen durchzuführen. In unserem christlichen Österreich stellen die Kirche und ihre Organisationen (trotz vieler Kirchenaustritte) noch immer einen entscheidenden Faktor zur Beeinflussung der Bevölkerung dar. Vor allem in den ländlichen Gebieten werden viele Frauen mit direkter und massiver Einschüchterungstaktik von einer Abtreibung abgehalten. In allen übrigen Bereichen werden den Frauen, durch die unbewußte Vermittlung christlicher Moral und Ethik, oft unbewußte Schuldgefühle angezuchtet. Die emotionale Art der Argumentation der Gegner läßt Schwangerschaftsabbruch als Kindesmord und die Frauen, die zu diesem Schritt gezwungen sind, als kinderfeindlich erscheinen. Dies erschwert die Auseinandersetzung und zwingt die Befürworter des Rechtes auf Abtreibung in ein Schema, daß sie leicht als Kämpfer für Kindesmord bei den Betroffenen erscheinen läßt.

Dementsprechend ist auch zu verstehen, daß 77 von 86 Kliniken eine

Schwangerschaftunterbrechung ablehnen. Die Patriarchen in der Ärzteschaft sind gegen die Durchführung in den Spitälern. Sie bringen den größten Teil der übrigen Ärzte dazu, sich im eigenen Interesse, aufgrund der allgemeinen Einstellung zu dieser Frage und im Namen der "schützenswerten" bürgerlichen Moral gegen Abtreibungen zu stellen und bei ihrem "Hypokratischen Eid" Zuflucht zu suchen. Sollten sie davon abgehen, so lassen sie sich das teuer bezahlen. So würde eine gänzliche Straffreiheit der Abtreibung, da diese auch kein Recht auf Abtreibung darstellt, keine Änderung der derzeitigen Situation bringen. Die Ärzte hätten weiterhin aufgrund des "Hypokratischen Eides" die Möglichkeit, die Durchführung zu verwehren. Denn auch sie sind gegen eine "staatliche Bevormundung" und lassen sich durch den Staat nicht zwingen, zu tun, was ihrer Ideologie und ihrem Geldsack widerspricht.

In diesem Zusammenhang erscheint es fast als Witz, gegen die "staatliche Bevormundung" aufzutreten und gleichzeitig vom Staat zu verlangen, aus dem Strafgesetz jene Paragraphen zu entfernen, die die Abtreibung unter Strafe stellen. Wenn man möglichst gefahrlos und ohne Schwierigkeiten Schwangerschaften unterbrechen bzw. Sexualaufklärung durchführen und gratis Verhütungsmittel verteilen will, kann man nicht die bestehende Gesellschaftsordnung, den Kapitalismus, außer Acht lassen. Das heißt der Staat muß die dazu notwendigen Mittel bereitstellen.

Sicher muß dagegen aufgetreten werden, daß die diversen Beratungsstellen, die gemäß der "Fristenlösung" aufgesucht werden sollen, ihre Möglichkeiten gegen die Frauen ausnützen und Abtreibungen verhindern. Doch können sie dies auch deswegen, weil viele Frauen aus Unkenntnis über ihren Körper und Zeitmangel auf Veränderungen ihres Körpers nicht aufmerksam werden und so leicht von einer medizinischen Autorität überzeugt werden können, die Frist versäumt zu haben. Sie kennen ihr Recht, auf Anonymität bestehen zu können, nicht. Sie

haben nicht das Selbstbewußtsein, um ihren Standpunkt gegenüber "Autoritäten" zu vertreten. Auch hier machen sich klassenspezifische Schranken bemerkbar. Doch haben diese Beratungsstellen auch die Aufgabe, preisgünstige Verhütungsmittel zu vergeben, die Verträglichkeit dieser Mittel und den Gesundheitszustand der Betroffenen zu überprüfen u. a. m. Deswegen werden diese Stellen besonders von den weniger Bemittelten benutzt. Daher kann man prinzipiell nicht gegen die Beratungsstellen, sondern nur gegen ihr Vorgehen argumentieren.

Wir wissen, daß eine Abtreibung solange nicht verhindert werden kann, solange die Abtreibung einen letzten Ausweg aus einer Zwangssituation bedeutet, die durch ein unmenschliches gesellschaftliches System hervorgerufen wird. Eine Abtreibung ist nicht so erfreulich, daß jede Frau sie freiwillig öfter über sich ergehen lassen will. Nicht der Egoismus der Frauen, nicht ihre sexuelle Gier ohne "Moral und Gesetz", sondern die sozialen Schranken verbieten es der Frau, "ein Kind zu wollen".

Wir bejahen die völlige Straffreiheit der Abtreibung. Nicht weil wir die Abtreibung für ein empfehlenswertes Mittel der Geburtenregelung halten, sondern weil andere Verhütungsmittel noch immer ein Privileg weniger sind.

Wir treten ein für das Recht der Frau, über eine Schwangerschaft frei zu entscheiden. Es soll daher den Betroffenen überlassen sein, und nicht irgendwelchen "Autoritäten", über die Durchführung eines Schwangerschaftsabbruches zu entscheiden.

Denn die Gegnerschaft gegen den Schwangerschaftsabbruch und seine Durchführung wird nicht durch die zentrale Forderung der ersatzlosen Streichung aller Abtreibungsparagraphen abgebaut. Das Recht auf

Abtreibung kann nicht ohne Kampf für die Ausschöpfung aller jetzt bestehenden Möglichkeiten der Fristenlösung durchgesetzt werden. Damit kann man erst die Grenzen des bestehenden Gesetzes aufzeigen und die Forderung des Rechts auf Abtreibung einsichtig machen.



Wir treten daher ein:

- + für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren Körper,
- + für die Verpflichtung der Krankenhäuser zur Durchführung und Nachbehandlung von Schwangerschaftsunterbrechungen,
- + für deren Bezahlung durch die Krankenkasse,
- + für die Gleichstellung der Abtreibung mit der Geburt im Sozialversicherungsrecht,
- + für eine Sexualaufklärung ohne Heuchelei und falsche Tabus.

C. G. / I. M. / O. M.



## Frauenbewegung: Interview mit ALICE SCHWARZER

# Sind Frauen gemeinsam tatsächlich stark?

Aufgrund einer Einladung der "Aktion unabhängiger Frauen" (AUF), befand sich die bekannte linke Journalistin, Bücherschreiberin und Feministin anlässlich einer Frauenwoche in Wien. Wir haben, wenn auch sehr unter Zeitdruck, eine Stellungnahme zu allgemein interessant erscheinenden Fragen, in der Auseinandersetzung um die Frauenfrage, zu erhalten versucht.

Um keine Verzerrungen und eigene Auslegungen in den Antworten entstehen zu lassen, haben wir wörtlich die Antworten ohne Kürzungen, wie wir sie auf Tonband aufgenommen haben, wiedergegeben. Wegen der Länge sind wir nun gezwungen das Interview in zwei Teilen abzudrucken. Wir bitten um Verständnis.

OL: Welchen Stellenwert gibst Du Deinen Büchern?

AS: Das ist eine sehr abstrakte Frage. Wie soll ich darauf antworten? Wir haben ja in der Bundesrepublik seit fünf Jahren eine Frauenbewegung, wo ich schriftstellerisch tätig bin. In letzter Zeit wurde ich zur Gallionsfigur hochstilisiert und habe

mich sehr dagegen gewehrt, habe das immer wieder geschrieben und gesagt. Was damit beabsichtigt wird, ist klar: Daß man durch diese Personifizierung die breite Bewegung verdecken will und auch die Inhalte entpolitisieren will. Das einmal vorweg. Das ist der Kontext, in dem ich mich sehe; ich begreife mich keineswegs als Führerin einer Be-

wegung, wie sollte ich auch, die Bewegung ist antihierarchisch, sondern als Teil der Bewegung. Das, was ich heute schreibe und sage, ist eben Resultat der kollektiven Arbeit.

Meine Bücher, es wäre Koketterie, das zu leugnen, haben einen ganz besonderen Stellenwert. Es sind die einzigen, die aus der Ecke erschienen sind, die wirklich - vor allem das letzte - populär sind. Das letzte Buch wird überwiegend von nicht-intellektuellen Frauen gelesen und das liegt, glaube ich, vor allem daran, daß ich einen Teil meiner Vergangenheit in Frankreich verbracht habe und dadurch sehr viel den deutschen Frauen voraushabe. Die französische Frauenbewegung hat den Vorteil, daß sie von Anfang an aus



mehreren Gründen nicht diesem fatalen Legitimationsdruck der Linken ausgesetzt war, wie es die deutschen Frauen als schweres Erbe zu ertragen haben. Reden deutsche Frauen von Frauen-Unterdrückung, müssen sie fünfmal beteuern, daß sich auch für den Sozialismus und die Revolution sind, was schön und gut ist und wir selbstverständlich auch wollen, aber das allein genügt nicht, wie wir inzwischen wissen. Dies hat die deutsche Frauenbewegung lange Zeit gelähmt, sie trägt auch das schwere Erbe der Rigidität und der Isolation der deutschen Linken. Es sieht bei der Frauenbewegung anders aus, sie kommt aus der Ecke.

Bei den Französinnen - aufgrund ganz anderer Kampfformen und aufgrund eines anderen Nationalcharakters - hat das ganz anders ausgesehen und deswegen denke ich, ich bin eine Schreiberin, die einen Vorsprung hatte und nur darum war es möglich, daß ich eine Zeitlang ganz allein da stand - obwohl das in keiner Weise ein wünschenswerter Prozeß ist.

OL: Spielen ökonomische Gründe keine Rolle?

AS: Das ist eine gute Frage! Ich bin seit 11 Jahren Journalistin und mache erst seit drei, vier Jahren etwas über Frauen (früher war ich sogenannte Linke Journalistin); ich habe zwar immer kämpfen müssen, und es entspricht auch meinem Charakter, zu kämpfen, aber ich habe in dem Rahmen, den ich mir gesteckt hatte, schreiben können über Gefängnisrevolten, über Fabrikbesetzungen, über Repression, über was weiß ich, französische Maoisten, über die Nachwehen des Mai '68 und über die Bourgeoisie, was auch immer.

OL: Du warst nicht auf Frauenthemen festgenagelt?

AS: Nein, überhaupt nicht, aber als ich anfang, über Frauen zu schreiben, und das aus feministischer Sicht - da habe ich plötzlich nicht mehr schreiben können. Ich habe als Journalistin die Erfahrung machen müssen, daß es leichter ist, sogenannte linke Themen unterzubringen, was auch nicht furchtbar leicht ist, aber immerhin noch leichter in der Presse unterzubringen, als feministische Themen. Was ja auch nicht verwunderlich ist, denn die herrschende Presse ist eine kapitalistische und

patriarchalische und bei Frauenthemen kommt eben beides zum Tragen und bei den anderen Themen eben nur das eine.

Langer Rede kurzer Sinn, ich habe als Journalistin überhaupt nur Bücher geschrieben, weil ich über Frauen in den bundesdeutschen Medien nicht schreiben konnte. Ich konnte einmal abends im dritten Radioprogramm eine Sendung machen, aber in den Medien, die wirklich Leute erreichen, Fernsehen, Massenpresse mit großen Auflagen, war es in den letzten Jahren für eine engagierte Journalistin fast unmöglich über Frauen zu schreiben. Ich habe aus dieser Verlegenheit heraus mein erstes Buch über Abtreibung (damals habe ich ja die Abtreibungskampagne in Gang gesetzt) geschrieben und da habe ich eben gesehen, daß diese Männerpresse das Ganze auf einer Ebene abgehandelt hat, wo sehr viel zur Sprache kam, meinetwegen politische Erwägungen, juristische, moralische, spektakuläre, nur eines nicht, das war die Frauenbewegung. Und weil ich in den Medien nicht weiterkam, habe ich aus dieser Verlegenheit heraus mein erstes Buch und auch mein zweites gemacht; ich bin Journalistin und keine Bücherschreiberin, und ich hatte kein Forum zu schreiben; so mußte ich meine beiden ersten Bücher selbst finanzieren, durch meine journalistische Arbeit. Sie sind bei Suhrkamp erschienen - es ist ein Skandal, mit welcher Moral die Schreiber abgefertigt werden - und nur mein drittes Buch ist jetzt ein finanzieller Erfolg, wo ich davon leben kann und mehr verdiene, als ich zum Leben brauche. Was aber ganz wichtig ist zu sagen: Dieses dritte Buch ist kein gemachter Bestseller, ich habe - obwohl ich damals schon relativen Marktwert hatte - es sehr schwer gehabt, dieses Buch unterzubringen. Ich habe von drei großen deutschen Verlagen Absagen erhalten, nach dem Exposé, und der Fischer Verlag hat dann ohne eine Artikelanzeige das Buch mit 10.000 Erstauflage gestartet. Der Spektakel in der Presse hat erst begonnen, als sich der Erfolg des Buches nicht mehr verheimlichen ließ. Auch ich bin, genauso wie die Frauenbewegung, solange nur irgend möglich totgeschwiegen worden.

OL: Warum glaubst Du, daß es leichter ist, Unterschiede zwischen

den Klassen als zwischen den Geschlechtern aufzuheben, wenn Du z. B. davon sprichst, daß Frauen mehr gemeinsam habe, egal, ob sie proletarisch oder bürgerlich sind, als Menschen einer Klasse?

AS: Frauen haben noch nie die Existenz des Klassenwiderspruches geleugnet, aber Klassenkämpfer haben immer die Existenz des Geschlechterwiderspruches geleugnet. Das ist der Hintergrund, vor dem wir stehen, uns ist klar, daß es Klassenwidersprüche gibt und unser Kampf gilt der Aufhebung dieser.

Ich habe zuvor vom Legitimationsdruck gegenüber den Linken gesprochen; wir haben erfahren müssen, daß die Frage nach unserem Klassenkampf eher dazu dient, uns zu bremsen, uns auszubluten oder zur Rechtfertigung zu zwingen und uns an der Arbeit mit Frauen zu hindern. Ich habe also keine Lust, zu theoretisieren mit Genossen, die in Wirklichkeit auch nichts rauskriegen wollen. Ich mache lieber aktiv Frauenkampf.

Um auf Deine Frage zurückzukommen, ganz so einfach will ich es mir nicht machen; ich denke auch, daß der Klassenwiderspruch sicher nicht so leicht aufhebbar ist, aber bei den Klassen ist es doch wenigstens so, daß es ein gewisses Bewußtsein gibt von der Klassenzugehörigkeit. Das ist zwar auch schon sehr verschüttet, wie wir wissen, aber wenn ich Arbeiter bin, dann weiß ich, daß ich von meinem Arbeitgeber ausgebeutet werde - oder zumindest einige wissen es. Wenn ich aber Frau bin, dann weiß ich nicht unbedingt, daß dieses Frau-Sein eben auch bedeutet, daß ich zu einer Kaste gehöre, die von den anderen ausgebeutet wird; wenn ich Frau bin, weiß ich nicht unbedingt, daß ich von meinem Mann ausgebeutet werde - nicht nur von meinem Arbeitgeber.

OL: Ich glaube, daß man dieses Bewußtsein nicht durch Bücher erlernen muß, sondern daß man die Ausbeutung einfach spürt... Für viele Frauen ist, glaube ich, der ökonomische Druck viel stärker spürbar als die Differenzen im Privatbereich.

AS: Das ist ein Irrtum; ich glaube, daß das eine unheimlich aufgesetzte Analyse und Ideologie ist und wir

sehen eigentlich unter anderem an der Reaktion auf die Frauenbewegung, an der Reaktion auf meine Arbeit, den Stellenwert der privaten Mann-Frau-Beziehung; und wir sehen bei allen Umfragen und Gesprächen, die wir führen, daß Frauen sich primär über den Privatbereich weiter definieren. Frauen sind unheimlich schwer mobilisierbar. (Es ist kein Zufall, daß sie in der Fabrik, im Büro oder an der Uni oder so, primär nur Gast sind.) Und ihre primäre Identifikation läuft weiter über ihr Frau-Sein - über das, was sie sind in bezug auf den Mann. Und das ist ja auch eine Sache, die sehr der Realität entspricht, denn der Löwenanteil der Ausbeutung spielt sich im Privatbereich ab. Wenn Ihr z.B. bedenkt, daß etwa in der BRD die Gesamtzahl der in der Haushalts- und Erziehungsarbeit geleisteten Arbeitsstunden 45 bis 50 Milliarden beträgt, das sind ganz seriöse Berechnungen, und die Zahl der Lohnarbeitsstunden ist etwa 52 Milliarden - das sind in etwa gleich große Päckchen, diese beiden Kategorien gesellschaftlich notwendiger Arbeit, wobei die eine entlohnt ist, die andere nicht. Ihr wißt, daß Frauen den Hauptteil der Haus- und Erziehungsarbeit machen, das ist nicht nur in kapitalistischen, sondern auch in sozialistischen Ländern so. In der DDR zeigen die öffentlichen Statistiken, daß 80 % der Haus- und Erziehungsarbeit von Frauen gemacht werden. Wenn Ihr also das eine Päckchen nehmt, wo 80 % der Haus- und Erziehungsarbeit von Frauen gemacht werden, dazu im anderen ein Drittel oder etwas mehr, so kommt heraus, daß zwei Drittel der gesamtgesellschaftlichen Arbeit von Frauen geleistet werden, und davon der größere Teil im sogenannten Privatbereich.

OL: Machen nun die Frauen diese Arbeit für den Mann oder für die Gesellschaft?

AS: Ich wollte auf die Frage antworten, die Ihr mir gestellt habe, was von den Frauen empfunden wird, nämlich daß der Löwenanteil der Ausbeutung sich im Privatbereich abspielt und von dieser Ausbeutung im Privatbereich profitiert natürlich der Unternehmer ebenso wie der Ehemann als Privatmann. Ob die Frau, wenn sie anfängt, sich gegen diese zusätzliche Ausbeutung zu wehren, die gesamtgesellschaftlichen

## Gewalt und Zärtlichkeit

Ganz neu herausgekommen ist in diesem Frühling 1976 in Berlin das Büchlein "Gewalt und Zärtlichkeit, Lesbengedichte von L.", das Alice Schwarzer nach Wien mitbrachte.

Die Gedichte wurden veröffentlicht, weil die Verfasserin nicht länger heimlich für die Geliebte allein schreiben möchte. Und, weil sie den Terror der Selbstverständlichkeit von heterosexuellen Liebesgedichten nicht länger hinnimmt. Trotzdem wagt sie es immer noch nicht, diese Gedichte unter ihrem Namen zu veröffentlichen, da ihre Erfahrungen dieses ängstliche Zögern realistisch erscheinen lassen. Sie und die anderen Frauen in ihrer Situation fordern ja nicht nur das Recht, lesbisch sein zu dürfen; sie stellen die herrschende Norm, die Heterosexualität, infrage. Mehr noch: Sie glauben, daß die Weigerung, mit den Unterdrückern Bett und Leben zu teilen, zur entscheidenden Waffe im Frauenkampf werden muß. (So entnehmen wir dem Vorwort).

Ob wir diese Ansicht teilen oder nicht, ist in diesem Zusammenhang unwesentlich. Die Art der Gedichte ist interessant und wir finden sie sehr ansprechend, weshalb wir folgende ausgesucht haben:

der haß hat uns nicht genützt	gewohnheit die mächtiger ist
wenn wir allein waren	die uns tötet und doch am leben hält
du für dich	die die angst in uns nieder hält und
ich für mich	uns unendlichkeit und irgendwann ein
nicht einmal	neubeginnen vorspielt und durch das grau
wenn ich viel	die hoffnung blitzen läßt
von haß sprach	was ich dir am abend sagen wollte:
	ich will mit dir den schritt
	in die farben in die angst
	in den beginn tun

Zusammenhänge sieht, ist nicht der primäre Punkt, aber daß sie begreift, daß sie mit diesen scheinbar sehr privaten Dienstleistungen, die sie ja aus Liebe tut...

OL: Es ist interessant, daß diese Frage gerade jene Leute stellen, die diese Arbeit nicht tun müssen.

AS: Ich muß Dir ehrlich sagen, ich kenne eigentlich keine Frau - natürlich gehöre ich auch zu den privilegierten Frauen, weil ich eben einen Beruf habe und Geld verdienen muß - aber ich kenne keine Frau, die so privilegiert ist, daß sie diesen privaten Dienstleistungen entkommen kann, selbst bei dem extremen Fall, der auch in Österreich kaum eintritt, daß die Frau ein Dienstmädchen hat, ist es ja doch wieder sie, die die moralische Verantwortung trägt, wenn ein Kind z. B. die Masern hat, oder das Kind sich schlecht entwickelt; bleibt sie es, die verantwortlich bleibt für den Aufbau des

Mannes. Sie wird emotional und intellektuell an seiner Karriere feilen usw. Kurz, je privilegierter Frauen sind, desto subtiler werden die Ausbeutungsformen, sie kann den weiblichen Zulieferungsdiensten nicht entkommen. Ich will nicht sagen, alle Frauen sind gleich, je nach Klassenzugehörigkeit nimmt die spezifische Betroffenheit von Frauen subtilere Formen an. Aber mit welchen Kriterien messen wir da?

OL: Es geht nicht darum, wie wir messen, sondern wie die anderen Frauen das messen, aber das führt zu weit...

Ist die zentrale Frage oder Forderung nicht die Aufhebung der Privatheit des Familienbereichs?

AS: Weißt du, die Aufhebung der Privatheit, das ist so 'ne abstrakte Forderung. Mir geht es in letzter



Zeit mehr und mehr so, daß ich mit solchen Fragen nichts mehr anfangen kann, ich möchte sie mit konkreten Inhalten füllen. Dieses linke Vokabular klappert mir zu laut, ich kann schon damit nichts anfangen, und schon gar nicht die Leute. Also worum geht es: Die Aufhebung der Privatheit ist so schnell hingesagt. Wir sind natürlich verdammt darauf angewiesen, gerade in unserer entfremdeten Gesellschaft, weil wir ja ohne Privatheit, ohne Beziehung einsam sind, d.h. ich hätte Unbehagen dabei, einfach so hinzukotzen, ich möchte sagen, was kann das für uns hier und heute bedeuten, welche Schritte können wir machen? Wobei die Schritte, die notwendig sind, je nach Lebenssituation, nach ökonomischer Notwendigkeit, nach Alter unterschiedlich aussehen. Ne 18-jährige kann sich heute erlauben andere Antworten zu geben als ne 40-jährige, die Kinder großgezogen hat, und ne Arbeiterin andere als ne Bürgerliche.

OL: Welche konkreten Alternativen hast du, angenommen für eine Arbeiterin, die im Beruf steht, Haushalt und Kinder zu machen hat. Scheidung?

AS: Die Frauenfrage ist im Augenblick, ja da wo es konkret wird, ja das einzige... Also das was wir anzubieten haben, ist das kleinere Übel. Wir haben keine Lösung anzubieten, das wäre ja auch vermessen und unpolitisch. Frauenkampf ist in erster Linie ein Bewußtwerdungskampf, aber Bewußtwerdung kann man sich nicht erlauben, wenn man nicht die konkrete Möglichkeit hat, etwas zu verändern. Also um auf deine Frage zurückzukommen: Einer klassisch doppelt belasteten Frau würde ich in erster Linie sagen, daß sie lernen muß - und auch das ist ein langer Weg - stark genug zu werden zu fordern, in ihrer Familie, daß Männer die Hälfte der Hausarbeit und Erziehungsarbeit übernehmen. Das scheint mir ein ganz wesentlicher Punkt zu sein.

OL: Wenn sie das aber schon durchgesetzt hat ...

AS: Da staun ich, also das können nur ganz wenige Frauen sein. Ich kenne kaum Fälle und schon gar nicht die klassisch doppelt belastete, vielleicht ein paar Intellektuelle ohne Kinder oder so, aber ich denke,

daß die sogenannte Durchschnittsfrau weit davon entfernt ist und daher ist das ein ungeheurer Schritt und er wird auch gar nicht so einfach sein, denn warum sollen die Männer von diesen Privilegien lassen? Dieser Schritt ist auch gar nicht so einfach durchführbar, weil Männerkarrieren egal ob Facharbeiter mit Überstunden, Manager oder Intellektueller so zugeschnitten sind, daß sie sich mit dem Selbsterhalten, mit dem Kinderkummern-müssen, putzen und so weiter, daß das ja garnicht möglich ist. Ich denke also, daß es ein ungeheurer Schritt ist, wenn die Frauen durchsetzen, daß ihre Männer die Hälfte der Haus- und Erziehungsarbeit machen. Das ist die eine Sache. Zum ändern würd ich sagen, daß Frauen, da wo es noch möglich ist, manchmal ist es zu spät, versuchen sollten, sich maximal zu qualifizieren, je nach Talent und Möglichkeiten. Genauso wie jeder 30-jährige Mann noch einen Beruf erlernt, genauso können die Frauen den Rahmen des Möglichen zu erweitern und sich vor brutalster Ausbeutung schützen. Und dann finde ich ganz ganz wichtig, daß Frauen anfangen, selbst zu existieren, daß sie eben nicht nur die Frau von "ihm" sind, sein Anhängsel und so, nur mit "seinem" Freundeskreis zu tun haben etc., sondern daß sie selber Freundinnen haben, daß sie Menschen haben, die nicht mit ihnen zu tun haben, weil "er" mit ihnen befreundet ist. Daß sie auch ihre so oft verschütteten Interessen, die sie im Anpassungsprozeß aufgegeben haben, und mögen sie noch so klein sein, wieder aufbauen, Schrittchen für Schrittchen. Mit anderen Frauen zu tun haben, mit ihnen reden und handeln, welche Formen das nun annimmt, ob das nun im Frauenzentrum ist oder am Arbeitsplatz, an der Uni oder im Wohnblock oder so - also Frauensolidarität, Frauenzusammenschluß kann sehr multiple Formen annehmen!

OL: Meinst du, daß Frauen im Rahmen der Ehe ihre Bedürfnisse, Interessen und Fähigkeiten entwickeln sollen zusammen mit den Männern?

AS: Das kommt auf die Bedürfnisse der Frauen an. Es gibt sicherlich noch eine ganze Menge von Ehen und Verbindungen, die nur noch halten, weil Frauen glauben (über Männer wäre auch 'ne ganze Menge zu sagen, aber über die reden wir nicht), darauf

angewiesen zu sein. Weil sie ohne diese Beziehung einsam, verraten, verloren wären, sozial, ökonomisch usw. Diese Beziehungen werden beim Emanzipationsprozeß sehr oft auf der Strecke bleiben und das ist gut so für alle Beteiligten. Aber da, wo es Ansätze gibt, und Anstrengungen von beiden Seiten zur Menschlichkeit in der Beziehung, und da wo eine Beziehung, eine Familie, für die Frau wichtig ist, da sollen die Frauen absolut versuchen, das weiter zu leben. Es geht jetzt nicht darum, normativ irgendwelche neuen Emanzipationsprinzipien aufzustellen, das wäre fatal! Was ich möchte, ist, daß Frauen es endlich wagen, zu ihren Bedürfnissen zu stehen, wie richtig oder falsch die sind, ist doch nicht gefragt. Es kann und darf nicht darum gehen, daß wir uns im Rahmen einer neuen Ideologie wieder vergewaltigen. Aber ich denke, daß in dem Augenblick, wo wir Frauen dem Mann nicht mehr so ausgeliefert, so auf ihn angewiesen sind, dann wird 'ne Menge rauskommen. Es wird auch sehr oft 'ne Beziehung zu Frauen rauskommen, auch das spiegelt sich in meiner Arbeit wieder, es muß 'ne Möglichkeit werden, und dann muß jede Frau für sich sehen, was sie will und was sie kann.

(Fortsetzung folgt)



# China und der europäische „Maoismus“

In dieser und in folgenden Nummern der 'offensiv links' sollen die Aspekte der chinesischen Außenpolitik näher beleuchtet werden, indem sie anhand jener Länder aufgezeigt werden, die nicht nur im Brennpunkt der weltpolitischen Auseinandersetzungen liegen, sondern manchmal auch direkt an der Grenze Chinas. Dazu gehören Thailand, Burma und Malaysia. Daneben soll versucht werden, in Diskussionsbeiträgen und Berichten die innenpolitische Entwicklung in China und die Auswirkungen der chinesischen Außenpolitik auf die europäische Linke zu beleuchten und für uns, wie für unsere Leser verständlicher zu machen.

## Hoffnung Kulturrevolution

Ende der sechziger Jahre begann in Europa eine Revolte vor allem unter jungen Leuten, die mit allen tradierten Vorstellungen des Klassenkampfes brach. Eine Revolte als Selbstzweck, da die Vernunft für die Übel dieser Gesellschaft keine annehmbare Lösung zu geben schien. Die kommunistischen Parteien Moskauer Prägung hatten sich als unfähig erwiesen, ihre Politik den neuen Gegebenheiten des Kapitalismus in Westeuropa anzupassen – ihre Abkehr von den traditionellen Kampfformen bedeutete hauptsächlich eine Institutionalisierung ihrer Politik, sie waren daher weitgehend unfähig, die neuen Impulse der Studenten- und Jungarbeiterbewegung in sich aufzunehmen.

Auf der Suche nach Identität übte die Kulturrevolution in China einen großen Einfluß auf die Neue Linke Europas aus. Das ständige Infragestellen erstarrter Parteistrukturen, die Reduzierung des Unterschiedes von Hand- und Kopfarbeit waren wesentliche Elemente, die sich auch in China fanden.

## KP-Neugründungen

Die stalinistische Nostalgie unter Teilen der Linken, die auch durch die zweideutige Haltung Chinas gegenüber Stalin begünstigt wurde, die Suche nach "sicheren" Organisationsformen führte dazu, daß Teile der Studentenbewegung sich zu KP-ähnlichen Parteien, zu einem bürokratischen Apparat nichtexistieren-

der Bewegungen konstituierten. Sie übernahmen die Worthülsen der Lehre Maos, wie z. B. den Volksbegriff, der gerade unter den Bedingungen einer zahlenmäßig dominierenden Bauernschaft in China entstand, in Europa jedoch traditionell eine ganz andere Bedeutung hatte. Sie monopolisierten – ebenso wie die herkömmlichen KPen es mit der USSR taten – China.

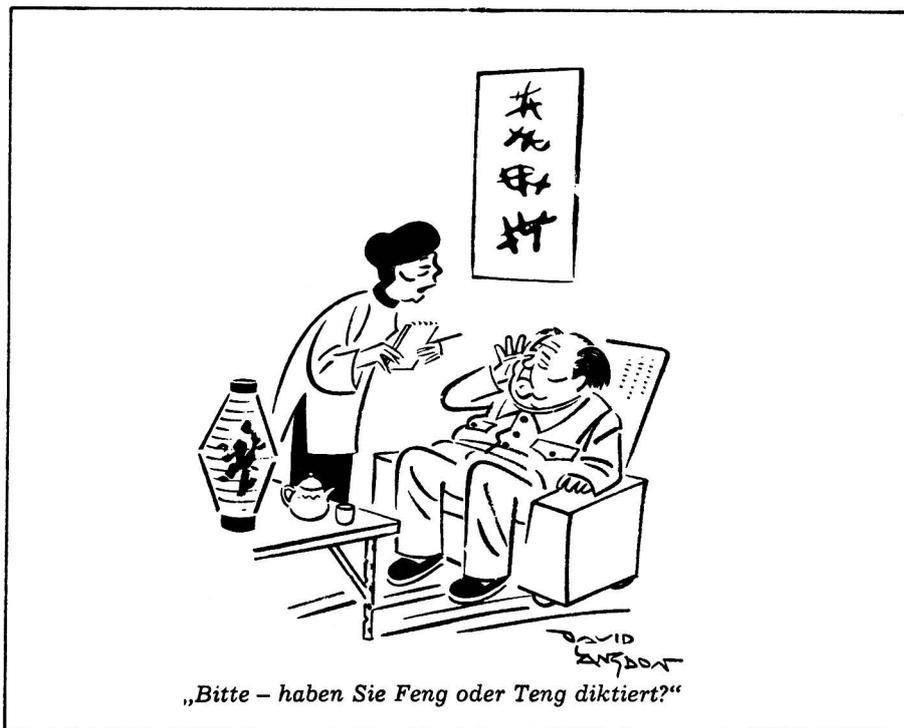
## Proletarischer Internationalismus?

Es soll hier nicht versucht werden, die inneren Spannungen in China zu interpretieren – lediglich die Auswirkungen der chinesischen Außenpolitik auf die europäische Linke sollen behandelt werden. Auch hat

Chinas amtierender Ministerpräsident Hua-Chuo-Feng gegenüber den CSU-Politikern Dregger und Marx betont, daß die gegenwärtigen Auseinandersetzungen die Außenpolitik nicht berühren.

China kann uns als isolierter Staat sicher nicht den proletarischen Internationalismus vorexerzieren. Es ist gezwungen, den Widerspruch zwischen Kommunist-Sein und dem Sein als Staat unter Staaten in irgendeiner Form zu behandeln. Gerade seit dem Bruch mit der USSR ist es gezwungen, als Staat den Hegemoniebestrebungen anderer Staaten entgegenzutreten.

Vor einigen Jahren noch war dies der Hauptgedanke – die "Theorie der drei Welten" war sein Ausdruck. Hier wurde ohne Rücksichtnahme auf den jeweiligen Klassencharakter der Staaten die Welt in Lager eingeteilt. Die Supermächte und ihnen gegenüberstehend die Staaten der zweiten (Europa) und der Dritten Welt, die sich im Kampf gegen die Supermächte (Erste Welt) zu verbünden hatten. Der Iran gehörte ebenso wie etwa Vietnam zu den "Kämpfern um nationale Unabhängigkeit". Dieser



fundamentale Irrtum, der die Beziehung von Staaten, die Diplomatie weit über die Zusammenarbeit von Klassenkräften stellte, hat seine Wurzel sicher in der Isolation, die durch den Konflikt mit der UdSSR entscheidend verstärkt wurde. Der Stopp der russischen Wirtschaftshilfe und der Ussuri-Konflikt sind keine Beispiele für Beziehungen von sozialistischen Staaten – aber läßt sich daraus die Erklärung der Sowjetunion zum Hauptfeind Nr. 1 ableiten? Ist es aus den genannten Widersprüchen heraus möglich, daß die Innenpolitik kommunistisch, die Außenpolitik reaktionär ist?

Wie läßt sich die völlige Herausnahme der Außenpolitik aus der Massendiskussion in China erklären?

Die "Theorie der drei Welten" hat diese Fragen nur ansatzweise beantwortet, mehr und mehr wurde nicht von den Supermächten, sondern nur mehr vom Sozialimperialismus geredet. Das Verhalten der UdSSR in den jeweiligen Fragen kann heute

UNITA und FNLA in Angola werden so zu Bündnispartnern, ja sogar der Abzug der US-Truppen aus Thailand wird offiziell bedauert. Sicher ist die sowjetische Machtpolitik auch nicht von uneigennütigen Gedanken getragen. Die chinesische Linie verunmöglicht es jedoch fortschrittlichen Bewegungen, nicht von der Sowjetunion abhängig zu werden.

Die offiziell an Peking orientierten "Parteien" haben sich redlich bemüht, dieser Entwicklung maßstabgetreu zu folgen. In der BRD wird die Vaterlandsverteidigung im Einklang mit noch immer nicht vergessenen Strömungen propagiert, die Berufsverbote für Mitglieder der DKP werden gutgeheißen, in Portugal wird die PCP/ML gemeinsam mit der PPD kandidieren, weil selbst die SP sich schon zu sehr dem Sozialimperialismus angenähert hat, ja selbst in den USA tritt die maoistische Sekte für eine Erhöhung der Rüstungsausgaben ein! (Peking-Rundschau) Das Ziel heißt nicht mehr Sozialismus, sondern "nationale Unabhängigkeit"

unterstützte Politik und können nicht als Lächerlichkeiten unter den Tisch gewischt werden. Sie beweisen einmal mehr anschaulich, wie fatal sich eine auf ein "Mutterland" ausgerichtete Politik auswirken kann.

Glücklicherweise sind die österreichischen Maoisten da noch um einige Jahre zurück. Sie beginnen erst, die "nationale Souveränität" in den Mittelpunkt zu schieben, jedoch wurde ihre Stellungnahme zur Landesverteidigung, die im "KLASSENKAMPF" erscheinen sollte und sich gegen eine Intensivierung der Rüstungsbestrebungen richtete, eiligst von der Leitung eingezogen. Dort, wo es vor der Öffentlichkeit nicht vertretbar ist, wird die Außenpolitik Chinas nicht hundertprozentig vertreten (Chile), auch den Rechtsputsch in Portugal haben die österreichischen Maoisten im Gegensatz zu ihren deutschen Vorbetern nicht begrüßt. Wie jedoch die letzten Diskussionen in den Fragen Angola und Landesverteidigung beweisen, bahnt

Gespräch mit PETER BRÜCKNER

# „Konjunktur und Krise sind das Fundament des Klassenbewußtseins der Bourgeoisie, nicht des Proletariats“

Vom 26. bis zum 28. März fand in Wien ein Symposium der Arbeitsgemeinschaft Kritische Medizin "Zur Krise der Medizin" statt. Zum ersten Mal wurden nicht nur in "Fachkreisen" die Fragen der Gesundheitsbetreuung von einem gesellschaftlichen Standpunkt aus diskutiert. Die große Öffentlichkeit (es waren ständig zwischen 400 und 600 Personen anwesend) zwang auch Ärztekammerpräsidenten Daume zu einem - wenn auch kläglichen - Auftreten. Unter anderem wurden Fragen wie die Rolle der Arbeitsbedingungen und Sozialisation als Krankheitsursachen, die Rolle der Gewerkschaften in der Gesundheitspolitik und die Fragen einer Interessensvertretung der Ärzte behandelt.

Einer der Referenten war Peter Brückner, eine der führenden Persönlichkeiten in der antiautoritären Phase des SDS, heute Psychologieprofessor an der TU Hannover und Autor zahlreicher Bücher. Anlässlich seines Aufenthaltes in Wien entstand folgendes Interview:

**F.:** Du hast in deinem Referat über einen neuen Typ von Arbeitskämpfen gesprochen - LIP, Larzac, Erwitte, Norditalien. Was kennzeichnet diesen neuen Typus?

**Brückner:** Hier werden zwei Dinge radikal in Frage gestellt, die über die Kritik am Privateigentum an Produktionsmitteln hinausgehen. Erstens: die spezifische Produktion wird angegriffen, also was produziert wird. Zweitens: Kritik an der Produktionsweise, an der Stellung der kapitalistischen Produktion im Lebenszusammenhang. Die Arbeiter von LIP haben ein Memorandum herausgegeben, darin heißt es: "Uhren sind notwendig in einer Gesellschaft, in der die Zeit die Kategorie ist, in der alle Waren produziert werden. Wir wollen wieder lernen, uns nach der Sonne zu richten."

**F.:** Ist das ein Fortschritt oder ein Rückschritt? Ich meine, sich wieder nach der Sonne zu richten hieße doch von der Natur abhängig zu sein. Besteht nicht der Fortschritt darin, beides abzuschütteln, die Gebundenheit an die Natur und die Gebundenheit an den Zeitbegriff des Kapitals. Das Ziel sollte doch sein, frei über seine Zeit zu verfügen, und weder von den Verwertungsbedingungen des Kapitals, die Arbeitszeit und Freizeit gleichermaßen strukturieren, noch von der Natur abhängig zu sein?

**Brückner:** Ja genau. Aber dazu muß man sich eben vom rigiden Diktat des Kapitals über die Zeit befreien, und das versuchten die Leute von LIP. Sie haben ihr Leben radikal neu gestaltet und die Trennung in Arbeitszeit und Freizeit aufgehoben. Das ist ja auch bisher immer wieder versucht worden. Freundschaften haben sich am Arbeitsplatz gebildet, die in die Freizeit hineinwirken, oder man ging gemeinsam ein Bier trinken. Diese Kommunikationsformen haben sich in diesen Arbeitskämpfen radikal erweitert. Nicht mehr das Leben wurde sozusagen als Lückenbüßer der Produktion angepaßt, sondern die Arbeit wurde in das Leben integriert. Essen, Trinken, Reden, Arbeiten war bei LIP eine Einheit. Hier zeigen sich Bedürfnisse, die das Kapital nicht befriedigen kann, um die sich die Arbeiter selbst kümmern müssen. Damit rücken wieder die Technologien in den Mittelpunkt der Kritik, denn langsam können sich die Arbeiter neue, besser gesagt andere Techniken vorstellen, die nicht am Profitstreben orientiert sind und die den Arbeitern Möglichkeiten zur Entfaltung bieten. Technologie ist nicht so wertfrei, wie die Apologeten des Systems immer behaupten. Der Glaube von der Neutralität der Technologie herrscht übrigens auch in den sozialistischen Ländern, die oft ganze Produktionsprozesse unkritisch vom Westen übernehmen und ihre

Arbeiter in die gleiche Fremdbestimmtheit zwingen wie sie bei uns ist.

Das Ziel dieses Kampfes um andere Technologien ist die Aneignung, der "Besitz" des Arbeitsplatzes, und auch das ist jetzt schon latent vorhanden. Eine Sekretärin schmückt ihr Büro mit Blumen und Familienfotos, Arbeiter hängen pin-up-Fotos an die Wand. Das sind Spuren der Sehnsucht nach Wiederaneignung der Produktionsmittel, Spuren, die bisher stabilisierend gewirkt haben und die jetzt erstmals radikal und systemüberschreitend artikuliert werden.

**F.:** Warum treten diese neuen Arbeitskämpfe nur in bestimmten Gegenden auf?

**Brückner:** Dafür gibt es drei Ursachen. Die erste ist das Vorhandensein starker Kampforganisationen und militanter kommunistischer Parteien. Die Kämpfe selbst spielen sich außerhalb dieser Institutionen ab, und die KP steht ihnen auch recht hilflos gegenüber. Es sieht so aus, als ob es notwendig ist, diese Institutionen einmal durchwandert zu haben, bevor man neue Kampfformen entwickeln kann, die gekennzeichnet sind durch die Forderung "sofort". Man will nicht mehr warten, man will sein Recht bekommen, nicht erst den Entschluß soll es besser gehen. Der zweite, hauptsächlich in Norditalien zu bemerkende Grund ist: militante Arbeitskämpfe entstehen oft dort, wo gerade die erste oder zweite Generation in den Produktionsprozeß des Kapitals integriert wird, wo Menschen aus Agrargegenden absorbiert und mit dieser neuen, völlig entfremdeten Lebensweise konfrontiert werden.

**F.:** Wenn das wesentlicher Bestimmungsgrund der neuen Arbeitskämpfe ist, dann gibt es in einigen Jahrzehnten keine mehr, weil dann in ganz Europa die ersten Generationen jeder regionalen Industrialisierung aufgesogen sind.



Brückner: Das ist richtig, aber ich sage ja nur, daß das ein Merkmal der gegenwärtigen Kämpfe ist und nicht, daß es immer nur so sein kann und immer nur diesen Grund geben kann. Die dritte Bedingung ist die: katholische Gegenden sind militanter als protestantische. Das hängt nicht mit den kirchlichen Institutionen zusammen, sondern mit der Sozialisationsform, die durch ihre Religionen und ihre Ethik vermittelt werden. Wahrscheinlich auch damit, daß katholische Gegenden rückständiger sind als protestantische. Der protestantische Norden ist seit Jahrzehnten industrialisiert, der katholische Süden ist oft noch sogenanntes Entwicklungsland.

F.: Es scheint noch eine vierte Bedingung zu geben: Alle in Diskussion stehenden Arbeitskämpfe haben ihren Ausgangspunkt in Verwertungskrisen, in Rezessionen. Heißt das, daß nur in Verwertungskrisen Bewußtsein

und neue Arbeits- und Kampfformen entwickelt werden können? Oder ist es auch möglich, daß die strukturellen Krisen, die es im Kapitalismus ja immer gibt – bestimmte Bedürfnisse können eben auch nicht in der höchsten Hochkonjunktur befriedigt werden, wie der Wunsch nach schöpferischer Arbeit, nach Selbstbestimmung etc. – zu einer Organisation der von ihnen Betroffenen führen können?

Brückner: Die Diskussion, ob Verwertungskrise oder strukturelle Krise, scheidet am Wichtigsten: das Kampfverhalten der Arbeiter ist nicht kalkulierbar. Aber im Prinzip gebe ich dir recht. Konjunktur und Krise sind das Fundament des Klassenbewußtseins der Bourgeoisie, nicht des Proletariats, denn die Bourgeoisie bekommt in der Krise Angst, ihre Positionen zu verlieren, und versucht mit allen Mitteln sie zu halten. Unsere Kritik sollte sich an den struktu-

rellen Krisen des Kapitals festmachen, daran, daß auch ein starker Kapitalismus den Menschen nicht gerecht wird. Nimm zum Beispiel die Bürgerinitiativen wie etwa Wyhl her. Da erfolgt die totale Integration aller Bevölkerungsschichten im Kampf gegen das Kernkraftwerk, und in diese Bewegung verschmilzt auch der Kampf um die Aufhebung des Lohnarbeitsverhältnisses. Ähnlich ist es beim Kampf der Bauern im Larzac. Worum immer auch gekämpft wird, zusammen mit anderen Zielen, ist Dezentralität, Überschaubarkeit, geborgener Lebensraum.

Mit Peter Brückner sprach M.K.  
(entnommen aus "ROTER BÖRSENKRACH" Nr. 5/1976) ★

## Sport als Ideologie

Welche Interessen stehen beim Sport auf dem Spiel? Wer ist woran interessiert und warum? In diesem Zusammenhang möchte ich Pierre de Coubertin, den Begründer der Olympischen Spiele, zitieren:

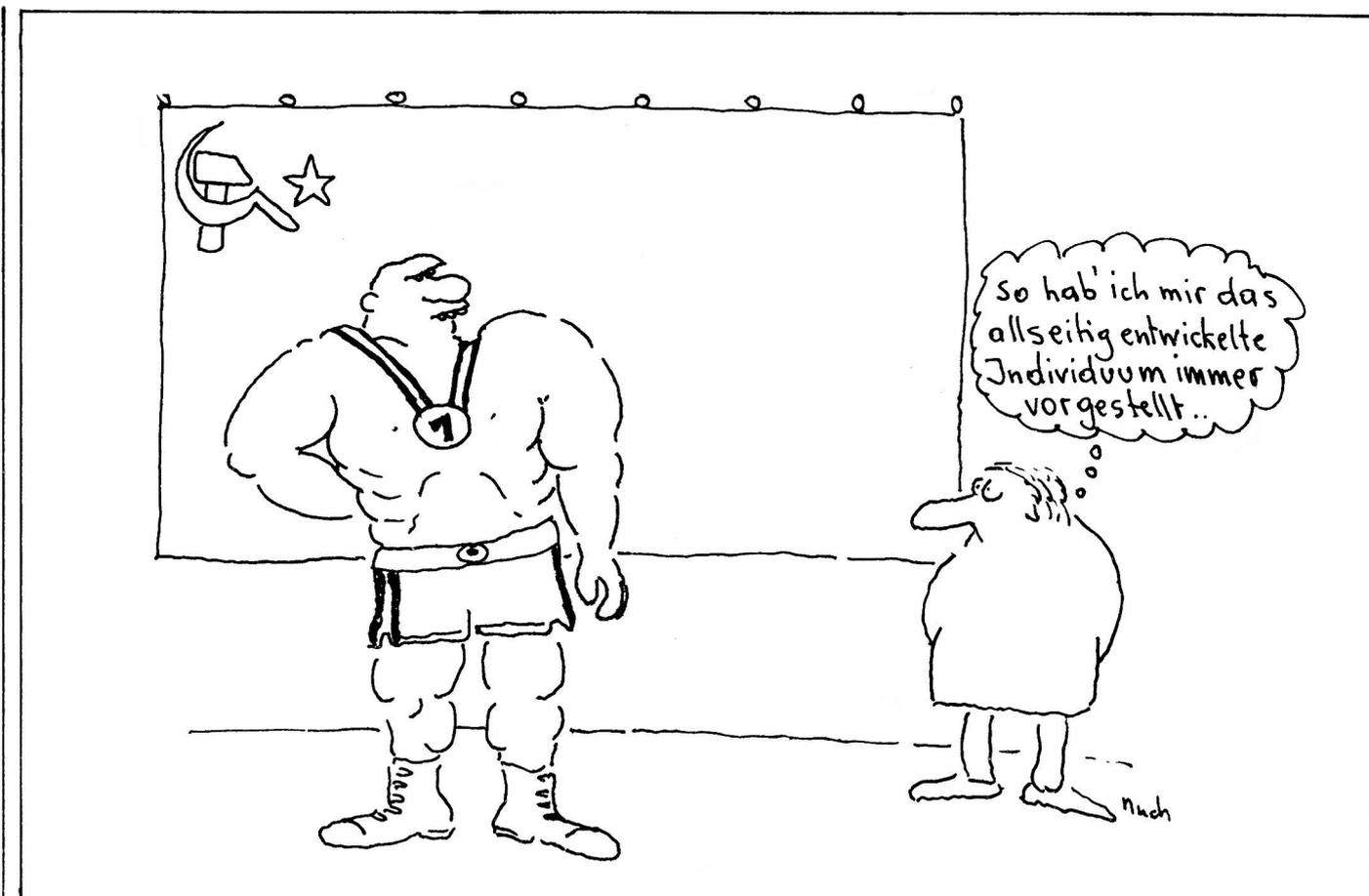
"Nun muß das Leben der proletarischen Jugend von der Freude am Sport durchdrungen werden. Es muß dies geschehen, weil sie das billigste Vergnügen, das dem Prinzip der Gleichheit am besten entsprechende, das wirksamste gegen den Alkohol und das produktivste an beherrschter und kontrollierter Energie ist."

Ich glaube, deutlicher hätte Coubertin es uns nicht sagen können. Zurück zum Interesse. Sport hat eine gesellschaftliche allumfassende Bedeutung in der heutigen Zeit. Aber es gibt da gewisse Unterschiede und zwar, ob Geschäftsleute, Politiker, Minister, Sportfunktionäre oder die Zuschauer und Sportler selbst über das Medium in Begeisterung ausbrechen oder sich aufregen. Warum? Das sei in Kürze hier ausgeführt. Es liegt ziemlich auf der Hand, daß sich mit Hilfe des Sports Geld verdienen läßt. Ausrüstung und Reklame mögen zwei Beispiele sein. (Übri-

gens wurde im Fernsehen neulich der Werbeeffect einer führenden Fußballmannschaft mit einer Million Schilling pro Jahr beziffert.) Hiermit ist das unmittelbare Interesse der Kapitalisten klargelegt. Warum wird aber von der Staatsbürokratie und den Einzelkapitalisten mehr als dieses unmittelbare Interesse verfolgt? Deshalb, weil der Sport eine

große Erziehungsfunktion für unsere kapitalistische Gesellschaft erfüllt. Dazu gehört erstens, die Kanalisierung der Aggressionen und Frustrationen, die die Zuschauer abreagieren, wenn sie passiv die Ware Sport konsumieren. Am nächsten Tag dürfen sie wieder arbeiten gehen. Weiters die Erziehung des Sportlers selbst, der nach den Normen des





kapitalistischen Systems trainiert (Leistung, Disziplin, Egoismus). Diese Einstellung hat großen Einfluß auf seine Lebenshaltung. Der Sport gibt ihm ja auch Erfolgserlebnisse, wenn er sich an die Ausübungsanweisungen hält, also versucht er, dieses System in sein ganzes Leben zu übertragen. Es wurden schon empirische Daten über das systemkonforme Verhalten von Sportlern in der BRD erstellt. (Ulrike Prokop: Soziologie der Olympischen Spiele). Diese Erscheinung gilt allgemein für den Sportausübenden, nicht nur für den Hochleistungssportler. Der Sport bietet ja auch angeblich die Chancengleichheit, auf die man peinlich bedacht ist, zumindest auf die Aufrechterhaltung dieser Illusion. Alles ist meßbar; jeder ist den gleichen Regeln unterworfen, hier kann er sich bewähren ohne Unterschied auf Religion, Klasse, Abstammung u. s. w. Darum auch die gewaltigen Mittel für Dopingkontrollen (moderne Geräte um Millionenbeträge).

Zur Wahrung der Chancengleichheit sollte auch der Amateurparagraph dienen. Früher (Beginn 1800-1830) konnten nur die reichen Leute (Kinder von "besseren" Eltern) Sport be-

Heute beruht die "Chancengleichheit" der Spitzensportler, seien es nun "Studenten", "Soldaten" oder Staatsamateure, in Ost oder West weitgehend auf der Umgehung der Amateurparagraphen. Sie alle trainieren nicht abends nach der Arbeit, sondern täglich 12 und mehr Stunden. Sie alle werden im Grunde für ihre sportliche Leistung bezahlt, auch wenn man es offiziell anders liest.

Durch die immer weitergehendere technische Perfektionierung ist der Unterschied zwischen Spitzensport, den man sich passiv im Fernsehen anschaut, und Massensport (in Österreich praktisch nur das Schifahren) immer größer geworden. Beide haben aber, wie gezeigt wurde, dieselbe ideologische Funktion: Sie sollen Eigenschaften einüben, wie sie unsere Gesellschaft braucht - Disziplin, Gewöhnung an Leistung und Fitness - und sie sollen die Illusion der Chancengleichheit aufrecht erhalten.

Die Arbeiterbewegung der Zwischenkriegszeit hat den Massensport intensiv gefördert: in erster Linie wohl als Mittel zur Sicherung der Gesundheit der arbeitenden Menschen. Heute ist diese Funktion nicht wirklich erhalten geblieben. Bleiben wir beim Schi-

fahren: das heute übliche Liftfahren und Abfahren über präparierte Pisten ist gefährlich und schädlich für den Bewegungsapparat. Wie ist es dazu gekommen? Im Kapitalismus wird alles zur Ware - auch im Sport. Und verkaufen kann man nur durch immer weitergehendere technische Verfeinerung, auch wenn dabei der Mensch auf der Strecke bleibt.

M. H.



**Deine  
Versicherungen  
durch**

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine  
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6  
Telefon: 65 87 97/98/99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14  
Telefon: 62 74 302

# Kampf gegen Atomgiganten – Kampf gegen Fortschritt?

Der Anbruch des Atomzeitalters in Österreich hat sich bisher, gemessen an den turbulenten Auseinandersetzungen in Westeuropa und den USA, verhältnismäßig friedlich vollzogen. Allerdings formieren sich auch hierzulande schon seit einiger Zeit die Fronten gegen die Kernkraftwerke, die von den Gegnern als Tod und Verderben speisende Ungetüme, von den Befürwortern - vor allem von der Kernindustrie - als Garanten von sauberer Umwelt und billigem Strom angesehen werden. Nachdem die "Bürgerinitiative gegen Atomgefahren" im Frühjahr 1975 dem östlich von Linz geplanten Kernkraftwerk den Kampf angesagt hatte und mit der Sammlung von 60.000 Unterschriften und in öffentlichen Diskussionen große Aufmerksamkeit erregt hatte - noch dazu vor den Nationalratswahlen - wurde der Baubeginn dieses Kraftwerkes um ein Jahr verschoben.

Bundeskanzler Kreisky gab als Grund den "Eindruck der weltweiten Diskussionen und der starken Meinungsbildung in Österreich" an, während Handelsminister Staribacher wirtschaftliche Erwägungen verantwortlich machte. Im Oktober wurde dann die Verzögerung um ein weiteres Jahr verlängert.

Damit kehrte für eine Weile Ruhe ins Land ein. Im Augenblick beginnt die Kontroverse aber wieder höchst aktiv zu werden, und zwar aus zwei Gründen: Einerseits wegen der ursprünglich für den Spätsommer dieses Jahres geplanten Inbetriebnahme des ersten österreichischen Kernkraftwerkes bei Zwentendorf im Tullnerfeld (die aber vor wenigen Wochen aufgrund der Nachlässigkeit der Erbauer - Teile von Rohrleitungen entsprachen nicht der österreichischen Dampfkesselverordnung - um ein Jahr verschoben werden mußte), andererseits, weil eine von der

Bundesregierung im Vorjahr nach den Auseinandersetzungen in Oberösterreich geplante Informationskampagne zur Kernenergie, in der in öffentlichen Diskussionen Gegner und Befürworter strittige Fragen erörtern sollen, im Herbst dieses Jahres über die Runden gehen soll. Die "Initiative Atomenergie", eine vor allem von Studenten getragene Bewegung in Wien und einigen Bundesländern, hat sich dementsprechend in einer Veranstaltung am 1. April auf Kernkraftwerk und Informationskampagne eingeschossen und plant in der Folge bundesweit weitere Aktionen. Auch vom "Weltbund zum Schutze des Lebens", einer Art internationaler Dachorganisation von Bürgerinitiativen, sind Aktivitäten zu erwarten.

In der März-Nummer von "offensiv links" habe ich versucht, eine grundsätzliche politische Einschätzung der Kernenergieproblematik zu geben. Damit ist aber zum Verständnis von Wesen und Triebkräften der weltweiten Bewegung gegen die Kernenergie noch nicht viel beigetragen. Es erscheint daher angemessen, sich heute, am Vorabend größerer öffentlicher Auseinandersetzungen in unserem Land, einige grundsätzliche Gedanken über Herkunft und Ziele dieser Protestbewegung zu machen.

Meinungsumfragen, diese beliebten Instrumente bürgerlicher Sozialforschung, haben (auch in Österreich) folgende Ergebnisse gezeigt: Die positivste Haltung gegenüber der Kernenergie sowie technologischen Neuerungen überhaupt haben Geschäftsleute, Manager, Techniker und Wissenschaftler der "Technokratischen Elite" und auch industrielle Facharbeiter. Die stärkste Ablehnung findet man bei der ländlichen Bevölkerung. Daraus kann natürlich sofort ein bequemer Schluß gezogen werden: Die kritische Haltung ist einfach auf Technologiefindlichkeit und Maschinenstürmerei zurückzuführen. So stellt sich für die Ideologen der kapitalistischen Technokratie das Problem nur als eines der Erziehung dar; armen, unwissenden Bevölkerungsteilen müssen die Segnungen der

## Strom hilft ordnen. Strom darf nicht knapp werden,

weil wir immer mehr Strom brauchen.  
Für Ampeln, U-Bahnen und Beleuchtungen.  
Für mehr automatische Sicherheit im Flugverkehr  
in der Schifffahrt, auf den Schienen.  
Für umweltfreundliche, abgasfreie Elektrobahnen  
und -autos.

Wir brauchen viel mehr Strom überall.  
Mit Kernkraftwerken kann der wachsende  
Strombedarf gedeckt werden.

Sie stehen an Flüssen, weil sie Kühlwasser  
brauchen. Wo es notwendig ist, werden sie mit auf-  
wendigen Kühlsystemen ausgestattet, die eine unzu-  
lässige Wärmebelastung der Gewässer verhindern.  
Kernkraftwerke sind umweltfreundlich.  
Sie verschmutzen nicht die Luft.

Sie sind sicher gebaut und unschädlich. Die  
zusätzliche Strahlendosis durch Kernkraftwerks-  
anlagen beträgt im Jahresdurchschnitt weniger als  
1 Milli-rem (mrem).  
(mrem = Maßeinheit für radioaktive Strahlen).

Das schadet uns nicht. Denn wir leben mit viel  
viel mehr Radioaktivität: Allein durch die Sonne  
erhalten wir je nach Standort 35-70 mrem pro Jahr.  
Und die Explosionsgefahr? Sie ist  
durch das Prinzip der "gesteuerten Reaktionen"  
ausgeschlossen.

Wollen Sie mehr über die Möglichkeiten der  
friedlichen Nutzung von Kernkraft wissen? Damit  
Sie mitreden können? Dann schreiben Sie uns.

Wir informieren Sie ausführlich über die Kraft-  
werke, die gebaut werden müssen. Weil nur genügend  
Strom uns allen einen sicheren, umweltfreundlichen  
Fortschritt und ein geordnetes Leben garantiert.



## deshalb brauchen wir Kernkraftwerke.

Strom



Die deutschen Elektrizitätswerke

SPiegel-Anzeige (Nr. 47/1975/S. 172)

Zivilisation, die ja auch ihrem Besten dienen, verständlich gemacht und nähergebracht werden.

In der Tat läßt sich aber diese interessenbedingte Einschätzung leicht als unwahr aufzeigen. Zahlreiche Kontroversen in der wissenschaftlichen Welt demonstrieren deutlich die Vielzahl von echt noch nicht gelösten Fragen; viele Wissenschaftler, die zum Teil selbst am Ausbau der friedlichen Nutzung der Kernenergie mitgewirkt hatten, sind in den Protestbewegungen aktiv und spielen dort eine maßgebliche Rolle. (Für an der Hierarchie bürgerlichen Wissenschaftsbetriebes fixierte Technokraten sei gesondert vermerkt, daß zu den Kritikern auch einige Nobelpreisträger, Biologen und Physiker, zählen.) Die Protestbewegung ist also zum Großteil nicht durch technische Ignoranz, sondern mit Hilfe technischer Expertise groß geworden. Ein anderer Faktor ist aber von mindestens ebensolcher Wichtigkeit. Die Ziele der Bewegung sind und waren seit ihren Anfängen auch politische: Aus dem Gefühl heraus, gegen die Entscheidungen von Regierungs- und Konzernspitzen und deren Wissenschaftlern machtlos zu sein und von Entwicklungen einfach überrollt zu werden, die ihr eigenes Leben unmittelbar betreffen, setzen sich viele Menschen für größere Durchsichtigkeit von Entscheidungsprozessen (etwa bei den Genehmigungsverfahren zur Errichtung von nuklearen Anlagen) und für echte Mitsprachemöglichkeiten, die sich nicht, wie es in der Deutschen Bundesrepublik oft der Fall war, auf Alibidiskussionen vor dem Hintergrund laufender, davon unbeeinflusster Verfahren beschränken, ein.

Dabei ist es nicht erstaunlich, wenn dieses Bewußtsein zuallererst in Bevölkerungsschichten entsteht, bei denen die Probleme nicht durch unmittelbar zu erhoffende Vorteile (wie es etwa bei Industriearbeitern der Fall ist: Sicherung von Arbeitsplätzen, bessere Verdienstmöglichkeiten - in Konjunkturzeiten!) zeitweilig verdrängt werden. Daher sind Vertreter der sogenannten Mittelklasse, darunter viele Intellektuelle, Studenten und Menschen mit höherer Schulbildung, einer der wichtigsten Träger der Bewegung. Es handelt sich dabei um eine

Schicht, die sich durch die Entwicklung der "großen" Technologie, Monopolisierung und Zentralisierung auf lange Sicht in ihren sozialen Positionen bedroht fühlt und sich von den damit parallel gehenden gesellschaftlichen Veränderungen nichts positives erwartet. Das zeigt sich auch daran, daß in den Argumenten der Kernenergiegegner langfristige Perspektiven eine sehr wichtige Rolle spielen und die Sorge um die Zukunft überwiegt, während die Befürworter in meist unbegründetem Zweckoptimismus bezüglich der technischen Entwicklung sich über die Zukunft weniger den Kopf zerbrechen. (In der Tat geht es hier natürlich nicht um die Einschätzung technologischen Potentials "an sich", sondern in der konkreten Situation im Kapitalismus; und sehr blind muß hier der sein, der nicht sehen will, wie Probleme einfach deshalb nicht die ihnen zukommende Aufmerksamkeit bekommen, weil sie aus der Sicht der Profitabilität nicht anziehend genug sind. Ich verweise nur auf die schwere Vernachlässigung aller mit der Verarbeitung und Endlagerung radioaktiver Abfälle zusammenhängender Fragen.)

Auch die starke Betonung des Umweltschutzes läßt sich von diesem Blickpunkt aus verstehen. Die Umwelt soll davor bewahrt werden, in die Hände derjenigen zu fallen, die sie nur zu ihrem eigenen Nutzen und auf Kosten der anderen belasten wollen. Auch hier ist die Motivation zum Widerstand zunächst bei denen am stärksten, die überdies auch keine unmittelbaren kurzfristigen, echten oder scheinbaren Vorteile erwarten können.

Bevor ich abschließend auf die zukünftigen Perspektiven der Bewegung eingehe, sei noch kurz einiges über ihre bisherigen Erfolge und Auswirkungen gesagt. In den USA hat der Protest eine klar erkennbare Wirkung auf Sicherheitsstandards und Genehmigungsverfahren ausgeübt. Dazu ist allerdings zu bemerken, daß in diesem Staat die Regierungskontrollen für ihre Nachgiebigkeit gegenüber der Kernindustrie, weit mehr als in westeuropäischen Staaten, berüchtigt waren; daher könnten die Erfolge auch bloß als Nachziehen zu den strengerem



# Kaiseraugst

Der Aushub hat begonnen

## Atomkraftwerk- gelände

**besetzt!**

**Wir fordern:**  
**Demokratischen Volksentscheid!**  
**Meteorologische Oberexpertise!**  
**Gesamtenergie-Konzeption**  
**ohne vollendete Tatsachen!**

**Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst**

Auch in der Schweiz veröffentlichten die KKW-Gegner Plakate

Standards anderer Länder interpretiert werden. In der Bundesrepublik hatten die Kämpfe etwa um die Kernkraftwerke Wyhl und Kaiseraugst weit über die betroffenen Räume hinaus Aufmerksamkeit erregt. Der Bau des Kraftwerkes Wyhl wurde vom Verwaltungsgerichtshof Freiburg im März 1975 bis auf weiteres untersagt (die Auseinandersetzung ist noch heute im Gang); in Bonn tauchten anschließend Gerüchte auf, daß die Regierung beabsichtige, das Kernenergieprogramm zu kürzen. Freilich müssen diese Maßnahmen auch im Lichte einer wirtschaftlichen Rezession und dem damit verbundenen geringerem Wachstum des Elektrizitätsbedarfes gesehen werden. Eine eingehendere Beschreibung dieser sowie ähnlicher Ereignisse etwa in Schweden und Frankreich würde den Rahmen dieses Artikels sprengen; es sei zu den Aktionen in der Bundesrepublik nur noch erwähnt, daß

durchwegs Initiativen aus verschiedenen Orten solidarisch und in Zusammenarbeit handelten und von einem St. Florian-Prinzip ("verschon' mein Haus, zünd' andre an") nichts zu bemerken war. Dennoch ist zweifellos ein beträchtlicher Teil der aktiv Beteiligten unmittelbar durch die lokale Bedrohung und nicht durch grundsätzliche Erwägungen mobilisiert worden.

Die zukünftigen Aussichten der Protestbewegung werden davon abhängen, wieweit sie imstande sein wird, die Probleme vordringlich als politische zu sehen und naive Vorstellungen über Lösungsmöglichkeiten grundsätzlicher Art im Rahmen eines kapitalistischen Staates über Bord zu werfen. Der logische Schluß dieser Entwicklung wäre gleichsam die Selbstaufhebung durch das Aufgehen in fortschrittlichen politischen Bewegungen, die ihre Ziele in einem

gesamtgemeinschaftlichen Rahmen setzen und den Kampf um mehr Demokratie nicht auf einen engen Teilbereich beschränken.

Für die Linke, die etwa in der Bundesrepublik sehr an den Kämpfen beteiligt war, stellt sich die Aufgabe, die Protestbewegungen gegen die Kernenergie nicht einfach als kleinbürgerlich und systemimmanent abzutun, sondern, bei voller Einsicht in die Schwächen und Fehler, das fortschrittliche Potential zu erkennen und sich damit auseinanderzusetzen. Es geht hier nicht darum, die Bewegung als politisch "falsch" oder "richtig" abzuklassifizieren, sondern als Ausdruck unmittelbarer Besorgnisse und Interessen von Menschen zu erkennen, von denen viele auf diese Weise zum ersten Mal die Auswirkungen des kapitalistischen Systems konkret erlebt haben.

H. H.



„Freistaat Christiana“:

## Das unheilige Experiment

Touristen, insbesondere solchen unter 30, die in der letzten Zeit nach Kopenhagen kamen, wurde neben Tivoli und Schloß Christiansborg eine besondere Kuriosität empfohlen: "the free town of Christiana", ein offensichtlich unerhört lustiges soziales Gebilde, das sich durch passive Resistenz staatlichen und gesellschaftlichen Normen entzog, ein paar Ausgeflippte, mittlerweile 700, so hört's der Tourist, die 1971 nach einigen fehlgeschlagenen Häuserbesetzungen ein ehemaliges Militärgelände besetzten, mit dem niemand etwas anzufangen wußte, und die man zunächst auch behördlich anerkannte (1972 Strom- und Wasserliefervertrag).

Im aufgeklärt-liberalen Dänemark, in dem die Jugend- und Studentebewegung der sechziger Jahre einen viel größeren Einfluß auch auf die nachfolgenden Jahrgänge hinterlassen hat als in vergleichbaren anderen Ländern, verfolgte man mit Interesse das "soziale Experiment" von Christiana, es bestand ein gewisser Rückhalt und Unterstützung in der Öffentlichkeit (genauer über Chri-



DIE SLUMSTORMER – Mitglieder der dänischen Bewegung und Bewohner von Christiania

# FREISTAAT CHRISTIANIA

KOPENHAGEN (BLATT / ID)  
10. März

stiana siehe im Kasten mit ID-Bericht).

In jüngster Zeit häufen sich aber die Anzeichen, daß das eigentliche sozialdemokratische Musterland Dänemark von den weltweiten Krisenerscheinungen nicht frei bleibt. Eine enorme Jugendarbeitslosigkeit ist nur das deutlichste Anzeichen dafür, wiewohl noch durch staatliche Sozialmaßnahmen gedämpft. In diesem Zusammenhang steht auch der Beginn einer reaktionären Hetze, die staatlichen Disziplinierungsmaßnahmen Vorschub leisten soll. Diese richten sich u. a. auch gegen Christiania. Der Verteidigungsminister Orla Møller, der für das Gelände zuständig ist, kündigte an, daß am 1. April der Gerichtsvollzieher die Räumung einleiten werde. Massive Proteste in der Öffentlichkeit waren die Folge. 90 Prozent der dänischen Bevölkerung wissen über das drohende Ende von Christiania Bescheid. Die Bauarbeitergewerkschaft hat zugesagt, daß zum Abbruch keine Hand angelegt wird. Frauengruppen aus ganz Skandinavien haben zugesagt, die Konfrontation mit der Polizei zu übernehmen, um den gewaltsamen Widerstand zu gewährleisten. Öffentlichkeitsarbeit wird mittels Schriften, Radio und Fernsehen gemacht, ein Jus-Professor der Uni Kopenhagen hat eine hundertseitige Klage gegen die Regierung ausgearbeitet. Am 1. April fand in Christiania eine Großkundgebung mit vielen ausländischen Sympathisanten statt.

Die dänischen Sozialdemokraten schalteten darauf auf Verzögerungstaktik, um einer gewaltsamen Konfrontation auszuweichen, eine zwei- bis dreimonatige Räumungsfrist soll den Christianitern "Bedenkzeit" geben. Die Solidaritätsbewegung wird aber dadurch nur größer werden.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, was solche isolierten Bewegungen, Errungenschaften und Erfahrungen, wie sie etwa die "Slumstormer" von Christiania gemacht haben, im Zusammenhang einer sozialistischen Strategie bedeuten. Unterstützt man sie als bloßes Konfliktpotential gegen die bürgerliche Staatsgewalt oder gesteht man ihnen darüber hinaus zu, Elemente einer neuen gesellschaftlichen Subjektivität, oder banaler gesagt, sozialistische Gesellschaftsformen vorwegge-

Das besetzte Gelände ist ein ca. 2,5 km langgestrecktes Wallgelände, auf beiden Seiten des Wassergrabens liegend, verbunden mit einer Brücke, es ist locker bebaut mit ehemaligen Lagerhallen und Werkstätten, die jetzt weitgehend als Wohnräume und neue Produktionsstätten, mit allerdings friedlicherer Produktion, dienen. Nur zwei der insgesamt ca. 180 Gebäude waren anfangs ohne viel Arbeit bewohnbar zu machen.

Allerdings hatten in der Zeit, in der das Gelände unbenutzt lag, Althändler einen großen Teil der Wasser- und Elektro-Installation abgebaut und zerstört. Die Lagerhallen boten den Besiedelern die Möglichkeit, von dem üblichen „Zwei-Zimmer-Küche-Bad“-Schema abzugehen und neue Wohnformen zu probieren. So entstanden große Gemeinschaftsräume mit unkonventioneller Aufteilung und ungeahnten Nutzungsmöglichkeiten. Vielleicht konnte man die ersten 50 Besetzer noch ohne größere Schwierigkeiten politisch einordnen, inzwischen ist das für die Menge der Christianiter, wie sie sich selbst nennen, ganz unmöglich. Es ist auffallend, wie viele verschiedenartige Weltanschauungen in Christiania einen Koexistenzmodus gefunden haben. Hier haben sie gelernt, sich gegenseitig zu akzeptieren und zu tolerieren. So findet man Anhänger verschiedenster Religionsrichtungen, – westlicher, östlicher –, Umweltschützer, Biodynamiker und Sympathisanten von verschiedenen kommunistischen Gruppen, Vertreter der „Befreiungsfront der Homosexuellen“, die Theatergruppe „Solvoen“, eine Gruppe entwerfender Jungendlicher, eine Menge Individualisten.

Ein Drittel machen die bewußten Abweicher aus. Das sind Leute mit guter Berufsausbildung, die sich auch in der Gesellschaft behaupten können, dies aber bewußt ablehnen und konsequent nach neuen Lebensformen suchen.

Das zweite Drittel sind die, die zu Abweichern gemacht worden sind. Das sind solche, die aufgrund von in dieser Gesellschaft entstandenen Verhaltensstörungen von dieser nur in Gefängnissen oder Heilanstalten geduldet werden. Diese haben in Christiania wieder zu sich selbst gefunden und sind nun aktive Mitglieder der Gemeinschaft. Sie sind in dem speziellen Milieu als resozialisiert zu betrachten, können aber in der übrigen Gesellschaft sicher nicht unauffällig leben.

Die dritte Gruppe bilden die ganz „Ausgeflipten“ – Menschen, die bisher unter so schwierigen Verhältnissen leben mußten, daß sie in die Abhängigkeit von Drogen, in die Kriminalität und Krankheit getrieben wurden. Sie sind so weit von ihrem Mitmenschen entfremdet, daß sie auch in Christiania, das sie als Zufluchtsstätte aufgesucht haben, destruktives und unsoziales Verhalten zeigen. Vielen von diesen ist es mit der Zeit gelungen, in diesem relativ geschützten Raum durch die Toleranz und Hilfsbereitschaft der übrigen Christiania-Bewohner wieder Boden unter die Füße zu bekommen. Allerdings gehen einige von ihnen auch elendig zu Grunde. Daran ist aber nicht das Christiania-Milieu schuld. Sie sind von der Polizei, von der Umwelt, z. T. sogar von dem Sozialfürsorgesystem aus ihren Verstecken in Kopenhagen in die Subkultur getrieben worden. Hier sieht man sie bei Tageslicht, was die Öffentlichkeit kaum ertragen kann. Wegen dieser „Ausgeflipten“-Menschen wird Christiania von bestimmten Kreisen erbittert bekämpft.

Ein großer Teil der Christianiter verdient sich seinen Lebensunterhalt in der Stadt Kopenhagen, der Rest arbeitet im Freistaat oder erhält Ausbildungsbeihilfe, Invalidenrente oder ähnliches. Nur 30 bis 40 Bewohner bekommen im Jahresdurchschnitt Sozialhilfe. Es gibt eine Menge Arbeitsplätze in Christiania.

Man kann alles sein: Bauer, Handwerker, Geschäftsmann, Philosoph, Lehrer, Heilpraktiker, Gaukler, Musiker, Künstler, Administrator, Organisator, Arbeiter und was auch immer. Oft ist man vieles gleichzeitig. Ganz verschiedenartige Betriebsformen findet man nebeneinander. So leben eine Reihe Leute von Einmannbetrieben, wie Kiosken oder Kunsthandwerkstätten, sie verdienen nur für den eigenen Bedarf oder den ihrer Freunde. Weiter gibt es einige Lokale, die ganz privatwirtschaftlich ohne Kontrolle über ihren Umsatz geführt werden. Eine andere Kategorie sind kollektiv organisierte Geschäfte und Werkstätten, deren eventueller Überschuß an die Christiania-Gemeinschaftskasse geht, deren Ausrüstung zum Teil gemeinschaftlich angeschafft wird und auch von anderen benutzt werden kann, deren Mitarbeiter den Einheitslohn von 10 Dkr. (4,30 pro Stunde in DM) bekommen. Auf die privaten Geschäfte wird ein moralischer Druck ausgeübt, 5-10 % ihres Überschusses an die Gemeinschaftskasse abzuführen oder wenigstens für bestimmte Projekte ab und zu eine große Summe zu spenden. Der moralische Druck erweist sich als unterschiedlich wirkungsvoll. Andere Sanktionen gibt es auf diesem Gebiet allerdings nicht. Eine neue Gruppe kann Räume übernehmen und weiterarbeiten, wenn die alte Gruppe keine Lust mehr hat oder in Konkurs gegangen ist.

## WIR MÜSSEN DAS GANZE ALS EINE ENTWICKLUNG SEHEN

Einige beginnen vielleicht damit, ihre Situation zu verbessern, lebensmäßig und wohnungsmäßig. Aber schließlich stirbt Geld doch, und einige ziehen weg oder gehen mit ihren erworbenen Gütern in die Gemeinschaft ein. Aufgaben in „Gemeinschaftsgruppen“ sind ehrenamtlich, in einigen bekommt man das Recht auf freies Essen in der „Gemeinschaftsküche“ und kostenloses Bad im „Badehaus“.

Es gibt folgende Gruppen:

1. Die Ökonomiegruppe
2. Die Informationsgruppe
3. Die Verhandlungsgruppe
4. Die Aktionsgruppen (Aufräumung, Aufbau und Renovierung)
5. Die Gesundheitsgruppe.

Abwärt zu entstehen Gruppen nach Bedarf. Die Sozialgruppe, die Sozialaktivisten, das Frauenheer (gewaltlose Verteidigung), die Feuerwehr, die Elektrikergruppe, die Toilettengruppe, Festgruppe, Christianias Wachtower, Christianias Aktionstheater, die Theatergruppe „Solvoen“, die Puppentheatergruppe, die Zeichenfilmgruppe, die „Dome-Gruppe“ u. a. Es gibt viele Möglichkeiten aktiv teilzunehmen: Informationskontor, Postkontor, Krankheitsambulatorium, Kindergarten, Schule (Privatschule), Kirche, Yogazentrum, Theater und Festsaal, Kino, Duschbad und Sauna, Kolonialwarenladen, Reformläden, Kioske, Flohmarkt, Restaurants, Musik und Tanzlokal, Volkcaffees, Werkstätten: Schuhmacher, Schmiede, Töpferi, Kerzenzieherei, Bäcker, Möbelrestauration, Druckerei, Radiotechnik, Zeichenfilmate, jier. Private Werkstätten oder nicht-kommerzielle Produktion: Lederwaren, Schmelz, Seidendruck, Stoffdruck, Schneiderei, Weberei, Batik, Malerei, Bildhauerei, Kupferstich, Steindruck, Windmühlensexperimente. Oldtimer-Autowerkstätte für Kopenhagen, Ford - A - Club.

Außerdem gibt es eine Produktion von gesunden vegetarischen Süßigkeiten und Lebensmitteln, z. B. vegetarische Frikadellen. Drei neue Gemeinschaftsaktivitäten sind dabei, zu wachsen.

## DIE STRUKTUR DES FREISTAATES

Am Anfang war Christiania ein einheitliches Gebiet, koordiniert durch Beschlüsse, die auf Vollversammlungen zustande kamen. In dem Maße, wie der Freistaat wuchs, wurde dieses System nach und nach sinnlos. In der Realität wurde es eine immer kleinere Gruppe, die die Beschlüsse ohne Kenntnis der Wünsche der Leute traf. Als der Freistaat durch einige Provinzen vergrößert wurde, beschloß man zu dezentralisieren, so daß jedes Wohngebiet Selbstbestimmungsrecht bekam. Heute gibt es Gebiete oder Provinzen.

Die Gebiete rufen selbst nach Bedarf Versammlungen zusammen und jedes Gebiet wählt einen Gebietskassierer, der damit auch Mitglied der „Gemeinschaftsökonomiegruppe“ wird. Der Gebietskassierer zieht jeden Monat pro Erwachsenen 25 Dkr. (11 Mark) für Christianias Gemeinschaft ein und 50 Dkr. für Strom- und Wasserverbrauch für das Verteidigungsministerium, falls die Leute bezahlen können oder wollen.

Probleme, die den gesamten Freistaat betreffen, werden zuerst in die Gebiete getragen. Die Versammlungen einberufen. Die Vollversammlung berät dann über die einzelnen Ergebnisse und legt ein Aktionsprogramm fest. Christianias wichtigste und schnellste Kommunikationsform ist die Mund-zu-Mund-Propaganda. Aber auch Wandzeitungen spielen eine wichtige Rolle. Es gibt drei Zeitungen: den „Wortklauer“, „Christianias Alternative“, die „Zeitung des Volkes“. Radio Christiania ist ein eigener Kabelsender, der aber z. Zt. außer Betrieb ist.

In Christiania leben ca. 60 Kinder. Von denen ist die Hälfte hier geboren. Die meisten Erwachsenen sind zwischen 15 und 30 Jahre alt, einige zwischen 30 und 50.

nommen zu haben? In beiden Fällen wird man sich ihnen gegenüber höchst unterschiedlich verhalten. Angenommen, das letztere wäre der Fall, dann steht man vor einer Reihe von Problemen. Bei diesen weltanschaulich verschiedenen zusammengesetzten Schichten geht die Gleichung Sozialismus = Organisation + Bewußtsein + Disziplin nicht auf. Es findet sich auch nicht die "objektive" Grundlage sozialistischer Produktion, der geplante Industriesektor, in dessen Poren individuelle Kreativität von der Art der Christianiter erst möglich und gesellschaftlich sinnvoll

wird. Andererseits realisieren sich in solchen "befreiten Gebieten" oft gerade die Momente, die in den bisherigen Ansätzen eines Hinausgehens über die bürgerliche Gesellschaft fehlten: Die Arbeit ist kein direkter Zwang, sondern kann weitgehend nach eigenen Bedürfnissen gewählt und entfaltet werden, schöpferische Fähigkeiten werden nicht unterdrückt, Probleme, die die Gesellschaft betreffen, werden in bewußter Selbstverwaltung angepackt. Antikapitalistische Strategie hat es bis heute nicht geschafft, die verschiedenen antikapitalistischen Be-

wußt seine zu einer einheitlichen Vorstellung von dem zu verschmelzen, was kommen soll. Aber ohne diese Anstrengung erweisen sich die Tage nach der großen Umwälzung, wenn sie den Revolutionären bloß als Problem der "reinen, politischen Macht" erscheint, die dann den Aufbau des Sozialismus garantiert, als Abrechnung der Geschichte mit den listig Betrogenen. Diese Probleme sind heute in großen Teilen der Arbeit

bewegung bewußt, ohne daß sie gelöst werden. Auch hier können sie nur an-, nicht aber ausdiskutiert werden.

Was das Schicksal von Christiana betrifft, ist es immer noch unklar, ob die Regierung den Beschluß des Parlaments (Folketing), "das soziale Experiment ohne unnötige Verzögerung zu beenden", wird durchführen können. Was nämlich mit den Bewohnern

von Christiana geschehen soll, weiß niemand. Und: "1973 beschloß das damalige Kabinett Jörgensen, einen Architektenwettbewerb über die künftige bauliche Gestaltung des Reviers auszuschreiben. Dieser Wettbewerb fand nicht statt, und es bestehen auch heute keine klaren Pläne über die Verwendung des etwa 15 Hektar großen Areals." (Neue Zürcher Zeitung, vom 2.4.1976.)

F. N. ★

## Rhodesien

# Smith vor dem Ende

Das südliche Afrika ist momentan die für den Imperialismus gefährdetste Zone. Angola und Mozambique sind frei und vertreten ein fortschrittliches antiimperialistisches Programm. Der Widerstand im von Südafrika widerrechtlich annektierten Südwestafrika (Namibia) ist unübersehbar und die Lage in Rhodesien wird von Großbritannien, den USA und Südafrika als so aussichtslos eingeschätzt, daß sie selbst das Smith-Regime zum Rücktritt drängen, in der Hoffnung, so die "gemäßigten" Kräfte des Widerstandes um Nkomo an die Macht zu bringen und die "radikalen" Strömungen rechtzeitig auszuschalten. Sogar für ein solches Monöver scheint die Zeit abgelaufen zu sein. Das weiße Rassenregime macht nicht einmal Zugeständnisse an die "Gemäßigten". Es ist nur bereit, über eine schwarze Mehrheitsregierung im Laufe der nächsten zwanzig Jahre zu reden...

Nkomo hoffte, einen friedlichen etappenweisen Übergang zu einer schwarzen Regierung durch Verhandlungen mit Smith zu erreichen, er scheiterte jedoch mit seinem Vorgehen. Jetzt fordert auch er zum Guerillakampf auf. Die Organisation afrikanischer Einheit (OAU) und praktisch alle afrikanischen Staatschefs (auch diejenigen, die in Angola auf Seiten der UNITA und FNLA standen) halten den bewaffneten Kampf für die einzig erfolgversprechende Perspektive in Rhodesien.

Rhodesien ist ebenso wie Angola und Südafrika ein sehr fruchtbares und rohstoffreiches Land. Im Gegensatz zu Namibia, das eher strategisch wichtig ist, würden multinationale

Konzerne bei einer Machtübernahme der "radikalen" ZANU (Nkomo ist Präsident der ZAPU) vieler profitabler Quellen verlustig gehen. In Zimbabwe stecken besonders südafrikanisches, amerikanisches und britisches Kapital. Die südafrikanische Politik gegenüber Rhodesien ist von einer ganz schönen Doppelbödigkeit gekennzeichnet. All das, was sie in ihrem eigenen Land rechtfertigen, werfen sie Smith vor. Aber ihre Herrschaft ist stabiler als die in Rhodesien, sie basiert auf einer längeren Tradition, einem größeren Anteil von Weißen als in Rhodesien, auf einem umfassenderen Repressionsapparat und auf einer größeren Unterstützung des westlichen Auslandes.

Smith hat praktisch keinen Bündnispartner mehr. Seine kolonialistische Politik ist zu "altmodisch". Die moderneren, subtileren Methoden der Ausbeutung sind eher durch ein schwarzes Regime gewährleistet, das eine gewisse Verankerung in der Bevölke-

rung besitzt. Der Imperialismus scheint die Möglichkeiten zu einem Übergang zu solchen Herrschaftsformen verspielt zu haben. Die Gegensätze innerhalb der Widerstandsbewegung waren nirgends so heftig wie in Angola. Obwohl die ZAPU vielen Illusionen aufsaß und noch aufsitzt, kollaborierte sie nie direkt mit Smith, wie es bei der UNITA und Portugal der Fall war.

Die kämpferische Solidarität Mozambiques mit dem Befreiungskampf in Rhodesien, die beispielhafte Wirkung des erfolgreichen Kampfes der PAIGC, der MPLA und der FRELIMO strahlen sicherlich auf den Geist der Widerstandsbewegung in Rhodesien aus. Den diversen Anbiederungsversuchen des Neokolonialismus kann so mit einer größeren Rückendeckung begegnet werden.

SOLIDARITÄT MIT DEM BEFREIUNGSKAMPF ZIMBAQUES, SOLIDARITÄT MIT DER ZANU !!!

S. H. ★

# Israel und Apartheid

Die israelische Politik hat wieder einen großartigen Erfolg zu verzeichnen. Südafrikas Premierminister Vorster, sein Außenminister Muller und weitere Prominenz hielten sich Mitte April in Israel auf. Vorster ist religiös und daneben ein Kulturmensch. Er bezeichnete den Besuch als Pilgerfahrt zu den Heiligen Stätten. Nebenbei dürfte er noch einen Einkaufsbummel gemacht haben, bei dem ihm im Gespräch mit israelischen

Freunden (der Regierung) einfiel, sich einen lang ersehnten Wunsch zu erfüllen. Israel soll Südafrika mit den Kampfflugzeugen "KFIR" beliefern. Israel bezeichnete sich immer als Gegner der Apartheid. Das Waffengeschäft sei bloß von kommerziellen Gesichtspunkten zu betrachten. Sind doch die SWAPO in Namibia und der südafrikanische ANC ebensolche Terroristen wie die Palästinenser und wagen es, gegenüber "gottbegnadete-



# Lateinamerikanische Perspektiven

Wenn wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt, März 1976, die politische Landkarte Lateinamerikas mit der vor etwa drei Jahren vergleichen, so können wir feststellen, wie das Rosa-rot der liberalen Regimes langsam und manchmal schlagartig dem Schwarz-braun von faschistischen Militärdiktaturen zum Opfer gefallen ist. Von Allende (Chile), Juan Jose Torres (Bolivien), Hector Campora (Argentinien) bis Echeverria (Mexiko) und Rodriguez Lara (Ecuador) führte das breite Spektrum, das zwischen ernsthaftem Reformismus und sozialreformerischer Demagogie schwankte. Heute sind diese Bestrebungen einem von den Vereinigten Staaten ausgehenden Konzept der "Brasilianisierung" des Kontinentes gewichen: Pinochet (Chile), Banzer (Bolivien), Videla (Argentinien) formen zusammen mit den alteingesessenen Diktaturen Uruguays (Bordaberry), Paraguays (Strössner), Guatemalas, Nikaraguas und vor allem Brasiliens ein dichtes Netz von Kontrollmechanismen, deren Wirksamkeit auch die verbleibenden liberaleren Regimes wie Mexiko, Peru und Venezuela zu einem von außen kaum bemerkbaren, aber im Inneren umso spürbareren Rechtsruck zwingt.

Die Hoffnungen vieler liberaler Kreise, daß eine grundsätzliche Änderung der sozioökonomischen Strukturen Lateinamerikas auf dem Wege einer sich immer weiter entwickelnden "Demokratisierung ohne Gewalt" der politischen Strukturen in Lateinamerika bewirken ließe, sind damit ebenso fehlgeschlagen wie Ende der sechziger Jahre die Hoffnung, den kubanischen Weg auf ganz Lateinamerika übertragen zu können. Wir stehen somit in diesem Kontinent am Beginn einer neuen Epoche. Wieder einmal sind wir auf der Suche nach einer der geschichtlichen Situation entsprechenden Strategie. Arbeiter, Bauern und Studenten diskutieren heute mehr denn je in selbstkritischen Analysen ihre Bewegungen, wobei die Studenten die Bücher der an Europa und Asien orientierten Revolutionsliteratur zusehends beiseite legen, um mit freierem Auge die spezifische und unmittelbare Realität ihrer politischen Gemeinschaften betrachten zu können und die

Arbeiter nach vielen Erfolgen und Mißerfolgen ihrer ökonomistischen Kämpfe sich um die Erarbeitung eines theoretischen Konzeptes bemühen. An diesem Schnittpunkt zwischen Theorie und Praxis steht der politische Prozeß fast aller Basisorganisationen vom Rio Bravo im Norden Mexikos bis zur Patagonia im Süden Argentiniens. Wenn wir hier zunächst einmal versuchen, die mehr oder minder artikulierten Kämpfe von der Praxis der Massenorganisationen aus zu betrachten, so müssen wir einerseits ihre spezifischen Konflikte, an denen sie gewachsen sind, und andererseits die sie verbindenden Merkmale herausarbeiten.

Diese Praxis, die uns heute als neu und zukunftsweisend erscheinen mag, ist jedoch verankert in einer jahrelangen Entwicklung, die von vielen Beobachtern unter viel spektakuläreren Ereignissen übersehen wurde. So ist z. B. der jahrelange Kampf der bolivianischen Bergwerksarbeiter seit 1965 überdeckt worden durch die tragische Repression der Guerilla von Ernesto Che Guevara. Zu einer Zeit, als die linke Öffentlichkeit die Nachrichten vom heroischen Kampf und Tod von Camillo Torres verfolgte, schenkte sie einer Bauernorganisation, die zur gleichen Zeit in Kolumbien entstand, so gut wie keine Aufmerksamkeit. Es handelte sich dabei um die "asociacion nacional de usuarios campesinos de Colombia" (ANUC - Nationale Vereinigung der kolumbianischen Landarbeiter und Bauern), die heute mehr als 2 Millionen Menschen (ca. 20 % der arbeitenden Landbevölkerung) in sich vereinigen kann. Während 1971 die Weltpresse durch die Entführung des Botschafters von Spreti in Atem gehalten wurde, begannen ein paar guatemalteke Arbeiter in ihren Dörfern, die Indios in Bauernligen zu organisieren. Hätte es diese Ligen nicht gegeben, so wäre für die Bewohner der Elendsviertel nach dem Erdbeben im Jänner dieses Jahres in Guatemala City kaum eine Möglichkeit geblieben, ihr Überleben zu organisieren. Allen diesen Basisorganisationen ist gemeinsam, daß sie aus einer konkreten Notwendigkeit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse entstanden sind und graduell, Schritt für Schritt,

die Notwendigkeit eines politischen Kampfes an ihrem eigenen Leib erfahren haben. Während sich in den Aulen der Universitäten viele der Studentenorganisationen, die sich von vorherein als politisch-ideologisch organisierten, manchmal durch innere Zerwürfnisse, manchmal durch vorschnelle Aktionen aufrieben, kann man bei fast allen unabhängigen Gewerkschaften, Bauernligen und Einwohnerkommissionen in den Elendsvierteln der Städte ein stetiges Anwachsen der Quantität ihrer Mitglieder und der Qualität ihres politischen Bewußtseins feststellen.

Für die tägliche Praxis der Basisorganisationen ist die Verwirklichung der sozialistischen Idee in den eigenen Reihen ein ebenso starkes Gebot wie der Kampf gegen die Ausbeuter. Die Strategie des bewaffneten Kampfes kann daher nicht das Resultat einer Formel sein, auch nicht die Anordnung irgendeines noch so heldenhafte Führers, sie muß sich organisch aus dem politischen Prozeß entwickeln. Deshalb sind die Montaneros (peronistische Jugend) streng darauf bedacht, daß jede einzelne ihrer oft sehr starken militärischen Aktionen (wie etwa die Entführung und Hinrichtung durch ein Volksgericht von faschistischen Staatspräsidenten, Bürgermeistern usw.) sich auf eine wohlwollende Haltung der Bevölkerung stützt.

So wie mit dem bewaffneten Kampf verhält es sich mit allen übrigen Strategien. Um Revolution zu machen, das wußte schon Marx, müssen die subjektiven Faktoren mindestens ebenso berücksichtigt werden wie die objektiven. Einen Streik anzukündigen, kann dann, wenn nicht genügend politische Arbeit an der Basis geleistet worden ist, ein schwerer Fehler sein, der Aufruf zu einer Schweigeminute hingegen sinnvoll, obwohl das erstere als die revolutionärere Handlung erscheint. "Ninguna acciones revolucionaria sin conciencia revolucionaria" (Es gibt keine revolutionäre Aktion ohne revolutionäres Bewußtsein) ist einer der Leitsprüche des lateinamerikanischen Prozesses.

Bewußtsein ist jedoch nicht gleichbedeutend mit Ausdrucksfähigkeit.

Davon wissen die hunderttausenden analphabetischen Bauern ein Lied zu singen, wenn sie in wortkarger Haltung, kaum bekleidet und nur mit einer Machete (ihrem Arbeitsinstrument) bewaffnet, irgendwo zu Hunderten auftauchen. Wenn man sie fragt, warum sie kämpfen, schreien sie oft nur zwei Worte zur ideologischen Rechtfertigung ihres Kampfes heraus, nämlich "basta ia!" (Es ist genug!). Diese Bauern zeigten sich bei ihrer aktiven Unterstützung von Kämpfen, wie den an der Nationaluniversität in Mexiko 1968, weitaus stärker, geeinter und gefestigter als viele der redegewandten Berufrevolutionäre verschiedener politischer Parteien. "Der spontane Enthusiasmus ist kurz, der Kampf ist lang", ist eine Weisheit, zu der sich viele erst nach vielen Niederlagen durchringen mußten.

#### NIKARAGUA

Seit 40 Jahren steht dieses Land unter der Diktatur, und fast könnte man sagen, dem Privateigentum einer einzigen Familie, Somoza. Der Diktator Somoza kontrolliert nicht nur die Mehrzahl der mit dem Ausland abgeschlossenen Lizenzverträge, er ist nicht nur Privateigentümer von drei Vierteln des Landes der Hauptstadt Managua, er ist auch der bedeutendste Polizist der USA im lateinamerikanischen Raum. In den dreißiger Jahren ermordete er den ersten Guerillakämpfer Amerikas, Augusto Cesar Sandino, mit dem er sich zuvor auf opportunistische Art und Weise verbündet hatte, und 1954 lieferte er die von den USA bereitgestellten Waffen für den Putsch gegen die liberale Regierung Guzman Arbenz in Guatemala. 1973, einige Tage nach dem Erdbeben, das die Hauptstadt Managua fast völlig zerstört hatte, rief er sich zum Präsidenten des comite de emergencia aus, das alle ausländischen Hilfeleistungen an die Bevölkerung Nikaraguas zusammenraffte, ohne sie weiterzuleiten. Gegen dieses blutrünstige Regime entwickelte sich seit 1952 eine Organisation, die aus Bauern, Arbeitern und Studenten bestand und die sich nach ihrem großen Vorbild "frente sandinista de liberacion nacional" (FSLN -

Nationale sandinistische Befreiungsfront) nannte. Bis Ende 1974 durchschritt diese Organisation den langen und mühsamen Aufbauprozeß nach den strategischen Vorstellungen, wie wir sie oben angedeutet haben. Anfang 1975 war sie dann plötzlich ganz da; erst jetzt konnte sie es sich leisten, zur Offensive überzugehen. Sie entführte von einem Diner, das zu Ehren des amerikanischen Botschafters gegeben wurde, etwa zehn der die Politik Nikaraguas bestimmenden Persönlichkeiten, unter ihnen einen amerikanischen Konsul und einige Mitglieder der Familie Somoza. Bedingung für deren Freilassung war die Veröffentlichung eines Aufrufes an die Bevölkerung, sich zum Widerstand gegen die Somoza zusammenzuschließen und (eine sehr geschickte Forderung) das Gehalt der einfachen Soldaten zu vervierfachen. Deshalb gelang es ihnen mit einem Schlag, weite Teile in der Armee zu neutralisieren, während sie in einer großangelegten Aktion etwa ein Viertel des nördlichen Territoriums besetzten. Die in jahrzehntelanger Basisarbeit politisierten Bauern und Arbeiter gingen auf die Straße und lenkten dadurch immer wieder in gezielten Bewegungen die Aufmerksamkeit der Armee von den



gut vorbereiteten militärischen Aktionen ab. Vermutlich wäre Nikaragua schon heute ein sozialistisches Land, wenn es nicht zu einer direkten Intervention der in Panama stationierten US-Flotte gekommen wäre, eine Tatsache, die bis heute in der internationalen Presse verschwiegen wurde. Eines der wichtigsten Nahziele des Kampfes in Nikaragua sieht die FSLN daher in der internationalen Solidaritätsarbeit, die darauf gerichtet sein soll, die USA durch internationalen Druck zum Abzug ihrer Marinetruppen aus Nikaragua zu zwingen. Damit wäre sicherlich der vierzigjährigen Diktatur ein Ende bereitet, Somoza ein toter Mann und es könnte zum Aufbau eines zweiten sozialistischen Landes in Lateinamerika kommen.

L. G.



## Putsch in Argentinien

Seit dem 24. März gibt es in Lateinamerika eine neue Militärdiktatur. Die Armee führte den lange erwarteten Putsch durch, ohne daß es zu größeren Widerstandaktionen der Arbeiterklasse gekommen wäre. Die aus den Befehlshabern der drei Waffengattungen gebildete Junta (an ihrer Spitze Generalleutnant Videla) rief sofort den Belagerungszustand im ganzen Lande aus, schaffte das Streikrecht ab, verbot die Gewerkschaften und die Parteien der Arbeiterbewegung (mit Ausnahme der moskauorientierten KP, die den Putsch als "Schritt nach vorne" begrüßte) und ließ mindestens 3000 Aktivisten der Arbeiterbewegung sowie die im Land gebliebenen Gewerkschaftsführer verhaften.

Die Machtübernahme der Militärs ist Folge einer sich immer mehr zuspitzenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krise des Landes (Inflationsrate von ca. 2 % pro Tag, schwindende Devisenreserven; militante Arbeiterklasse, zunehmende Guerillaaktivität) einerseits und des allmählichen Schwindens der Illusionen der Massen in die klassenversöhnlerische Ideologie des Peronismus andererseits. Letzteres erklärt auch, warum der Aufruf zum Generalstreik durch die peronistische Gewerkschaftsbürokratie ohne Resonanz blieb.

Die fast kampflose Hinnahme des Militärputsches bedeutet zweifellos





eine beträchtliche Verschlechterung des Kräfteverhältnisses für die Arbeiterbewegung in ganz Lateinamerika sowie unmittelbar eine weitere Schwächung der argentinischen Arbeiterklasse.

Aber die ausländischen Konzerne, die bereits einen neuen Markt für profitable Investitionen wittern, freuen sich zu früh: Um ein "günstiges Investitionsklima" zu schaffen, wäre eine enorme Senkung des Lebensstandards der arbeitenden Massen Argentiniens erforderlich, wogegen sich diese erst im Juni 1975 durch einen Generalstreik erfolgreich zu wehren verstanden hatten.

Keinem der bisherigen Militärregimes ist es gelungen, den Widerstand der argentinischen Arbeiterbewegung zu brechen. 1973 war dem Militär als letzter Ausweg nur die Rückberufung

Perons aus dem Exil und eine scheinbare Liberalisierung geblieben, um die wachsende Militanz der Arbeiterklasse einzudämmen. Nach dem Scheitern dieser Variante ist zu befürchten, daß die unmittelbare Zukunft eine weitere Verschärfung der Repression und eine Annäherung an chilenische Zustände bringen wird. Denn die katastrophale Situation der Wirtschaft Argentiniens läßt keinerlei Spielraum für Zugeständnisse an die Arbeiterklasse.

Die Gefahr, daß sich die Befürworter eines Regimes totaler Repression innerhalb des Militärs durchsetzen werden, wächst. Denn es wird immer klarer, daß die gegenwärtig erreichte Stufe der Unterdrückung nicht ausreicht, um das erklärte Ziel des Putsches, die "Beseitigung der Subversion" zu erreichen und die in den Massen verankerten Guerillas der Montoneros und der ERP auszuschalten.

Daß sich die argentinischen Arbeiter von einem argentinischen Pinochet ebenso kampflos abschlichten lassen würden, wie sie Videlas Putsch hingenommen haben, ist ziemlich unwahrscheinlich.

Sie werden dem konzertierten Angriff von Militär, Agraroligarchie und Auslandskapital mit umso größerer Aussicht auf Erfolg Widerstand leisten können, je eher und vollständiger sie sich von den Resten peronistischen Gedankenguts befreien und der Herstellung der Klasseneinheit auf politisch autonomer Basis annähern.

H. K. ★

## Thailand

# Der nächste Dominostein?

Während des Indochina-Krieges diente Thailand den US-Truppen als "größter Flugzeugträger" auf dem Festland für ihre militärische Aggression. Rund 50.000 US-Soldaten und "Berater" waren im riesigen Computerzentrum in Ramusen mit verschiedenen Radar- und Nachrichtenstationen ausgestattet und im Luftwaffenstützpunkt Utapao stationiert. Die US-Abhöranlagen in Nordthailand dienten und dienen bis zum heutigen Tag zur Überwachung des Funk- und Flugverkehrs über ganz Indochina bis ins chinesische Gebiet hinein. Die USA honorierten die schon sprichwörtlich gewordene thailändische Gastfreundschaft mit viel Dollars und innenpolitischer Einmischung. Die Regierung Ford hat trotz aller inzwischen aufgetretenen "Mißverständnisse" im Haushalt 1977 für Thailand 51,5 Millionen Dollar Militär- und Entwicklungshilfe beantragt.

Nach der Niederlage der USA und der von ihnen gestützten Marionettenregimes in Südvietnam und Kambodscha, sowie nach der etwas später erfolgten Machtübernahme in Laos durch die Pathet Lao, geriet die korrupte Militärjunta in Thailand zunehmend unter innenpolitischen Druck und außenpolitischen Zugzwang. Der blutig niedergeschlagene Aufstand der Studenten 1973 in Bangkok führte schließlich doch zum Sturz der Militärjunta. Bei den darauffolgenden ersten Parlamentswahlen in der Geschichte Thailands gelang es Kukrit Pramoj, eine Mitte-Links-Koalitionsregierung auf die Beine zu stellen, die u. a. den neuen außenpolitischen Realitäten in Indochina Rechnung zu tragen versuchte. An die USA wurde die fast ultimative Aufforderung gerichtet, ihre Basen bis April 1976 zu räumen. Diese Politik stieß auf heftigen Widerstand innerhalb der nach wie vor mächtigen und einflußreichen Militärs und der herrschenden Oberschicht. Daher entschloß

## Bestellkarte für „offensiv links“

Ich möchte gerne "offensiv links" für ein Jahr abonnieren

NAME .....

ADRESSE .....

Der Preis beträgt für das Inland: S 50,- (inkl. Porto)  
für das Ausland: S 50,- (exkl. Porto)

Bitte ausschneiden und an die Adresse:

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 schicken.

sich Kukrit Pramoj das Parlament frühzeitig aufzulösen und für den 4. April 1976 Wahlen auszuscheiden, aus denen er mit seinen Koalitionspartnern gestärkt hervorzugehen hoffte. Die Rechnung ging nicht auf. Kukrit scheiterte an seinem eigenen Wahlkreis in Bangkok, wo die Methoden der Rechnung die günstigsten Entfaltungsmöglichkeiten hatten: Bestechung und Terror. Über 40 Todesopfer und zahllose Schwerverletzte forderte der "Wahlkampf", vorwiegend unter Anhängern der Linken, vor allem der "Nationalen Studentenunion". Die von der thailändischen Armee und dem CIA finanzierten und mit Waffen bestens ausgerüsteten "Roten Büffel" (der Name täuscht, sie sind vielleicht Büffel, aber alles andere als rot), die Jugendorganisation der ultrarechten "Navapol" warfen Bomben unter demonstrierenden Studenten und ermordeten nach vorheriger schriftlicher Ankündigung unter anderem den Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Thailands. Die Wahlen gewann Kukrits älterer Bruder Pramoj, der mit seinem jüngeren Bruder nur den Namen teilt, politisch aber die Hoffnungen der Militärs, der Oberschicht und der USA repräsentiert. Nach der Vereidigung Seni Pramojs am 15. April wird er den Wünschen der Reaktion und der USA entsprechend über den Abzug bzw. die rechtlichen Modalitäten der US-Basen neu verhandeln.

Dieser Sieg der US-orientierten Kräfte in Thailand dürfte sich aber sehr bald in sein Gegenteil verkehren, den Fall des nächsten Dominosteines in Südostasien nur beschleunigen. Denn mit dem politischen Rechtsruck und dem sicherlich zu erwartenden verstärkten Eingreifen der einheimischen Militärs und der USA in die In- und Außenpolitik Thailands, hat die thailändische Kompradorenbourgeoisie die Chance verpaßt, noch einmal, wie schon sooft zuvor in der Geschichte Thailands, durch eine geschickte Anpassungspolitik ihrem Untergang zu entgehen. (Thailand entzog sich durch eine blinde Diplomatie der Unterwerfung durch die englische und französische Kolonialherrschaft. Thailand konnte sich aus dem Zweiten Weltkrieg heraushalten, trat aber formal an der Seite der zunächst siegreichen Japaner in den Krieg ein und beendete ihn ebenfalls durch diplo-

matisches Geschick an der Seite der siegreichen USA!)

Was Thailand mehr noch als die US-Basen für eine friedliche Entwicklung und gute Nachbarschaft in Indochina untragbar macht, ist die Tatsache, daß es selber Söldnertruppen für die US-Aggression in Laos und Kambodscha zur Verfügung stellte und von heute auf morgen mehr denn je seine Hand in allen subversiven Aktionen im laotischen und kambodschanischen Grenzgebiet haben wird.

Das Land steht außerdem vor größeren inneren Problemen und Konflikten. Es zählt über eine Million Arbeitslose. Im Norden kämpfen die Guerilla-Verbände der verbotenen Kommunistischen Partei, jetzt mehr als früher von Vietnam unterstützt. (Die VR-China unternahm bis jetzt in Burma und Malaya wenig oder nichts zur Unterstützung der Guerillabewegungen. Mao erteilte noch Kritik Pramoj anlässlich dessen Besuchs in Peking weise Ratschläge, wie Pramoj das Problem mit den Kommunisten in Thailand lösen könnte. Vor ihrer Tötung riet Mao ab, wie Pramoj ohne Dementi seitens der Chinesen berichtete, da man damit nur Märtyrer aus den Leuten mache. Mao beklagte sich, daß noch keiner von der "sehr kleinen" kommunistischen Partei Kambodschas bei ihm seine Aufwartung gemacht habe. Anlässlich der blutigen Auseinandersetzungen Ende März wegen des Auszugs der US-Truppen aus Thailand ließ die chinesische Außenstelle ihre Beunruhigung verlautbaren über den Rückzug der USA aus Indochina und bekräftigte ihr Interesse an deren weiterem Verbleib. Da Vietnam als neue indochinesische "Großmacht" seine Unterstützung der thailändischen Guerilla über Laos verstärkt, wird Chinas Reaktion in der Folge die gleiche sein, wie bei früheren ähnlichen Fällen: es wird versuchen, im Falle des Stärkerwerdens der Guerillabewegung in Thailand durch verstärkte Unterstützung Einfluß zu gewinnen. So manche Panne bei den Waffenlieferungen an Nord-Vietnam wird heute verständlich, es wird klar, warum die Sowjetunion viel eifriger bei der Unterstützung der Vietnamesen war und in Kambodscha vollkommen passiv blieb: während die kambodschanische Khmer vollkommen auf maoistischem Kurs waren, wuchs



in einem wiedervereinigten Vietnam, das durchaus seiner Eigenständigkeit in allen politischen Fragen bewußt war, eine gewisse Konkurrenzmacht in Südostasien heran, die weder vollkommen auf chinesischen Kurs gehen, noch sich neutralisieren lassen würde. der in manchen Zügen fast skurril scheinende Kim-Il-Sungismus in Nordkorea ist nicht, wie es manchmal angenommen wird, die Übertragung des maoistischen Personenkults ins Koreanische, sondern im Gegenteil die überbetonte nationale und politische Abschirmung gegenüber beiden großen sozialistischen Brudermächten. Dies sei hier nur cursorisch vermerkt. In der kommenden gründlicheren Behandlung dieser Länder und ihrer Politik werden wir darauf ausführlicher zurückkommen.

Vor allem die Studenten und zahlreichen Linksintellektuellen, die nun damit rechnen müssen, daß der Terror der rechten Gruppen durch die neue Regierung sanktioniert werden könnte, werden sich in noch größerer Zahl als bisher der Kommunistischen Partei im Untergrund anschließen. Im Süden wächst die Sezessionsbewegung der Muslims, die ihrerseits mit den malaysischen Guerillaverbänden sympathisieren.

Die indochinesische Revolution, das südostasiatische Domino ist noch lange nicht abgeschlossen.

# 1. Mai: Gemeinsam demonstrieren!

## DIE ANGRIFFE DER UNTERNEHMER ABWEHREN

Erstmals seit den bewegten fünfziger Jahren müssen die Arbeiter und Angestellten Reallohnverluste hinnehmen. Eine Teuerungs- und Belastungswelle überrollt Österreich. Die Krise des kapitalistischen Systems wird wieder einmal zur Gänze der Arbeiterschaft aufgebürdet. Die Unternehmer jammern, schüren die Krisenangst und holen sich Extraprofite durch die Krise, die sie allein zu verantworten haben.

Die SP-Regierung und auch der ÖGB macht ihnen dazu die Mauer. Zuerst stiegen sie kräftig auf die Lohnbremse, um angeblich Arbeitsplätze zu

erhalten, dann kündigte Androsch stolz seine "Milliardengeschenke" an die Wirtschaft an. Geschenke, deren Ausmaß sogar der ÖVP die Rede verschlug. Milliarden, über deren Verwendung ausschließlich die Unternehmer entscheiden, über die die Arbeiterschaft zur Zeit nicht die geringste Kontroll- und Entscheidungsmöglichkeit hat.

Die einzige Möglichkeit, dieser Politik Widerstand entgegenzusetzen, ist der gemeinsame Kampf der Arbeiter und Angestellten, um sowohl den Unternehmern zu zeigen, daß sie nicht bereit sind, sich weiterhin schröpfen zu lassen, als auch den ÖGB zu einer neuen, kämpferischen Politik zu zwingen.

## DIE MINDERHEITENFESTSTELLUNG MUSS WEG

Die SP-Regierung hat in Kärnten den reaktionärsten Kräften nachgegeben. Damit soll wohl die "Öffnung der Partei" dokumentiert werden. Die Slowenenfrage soll zu einer "lokalen Frage" heruntergespielt werden. Doch wer es zuläßt, daß eine Minderheit unterdrückt wird, ebnet der Reaktion den Weg.

Wer so "Ruhe und Ordnung" retten will, ermöglicht den reaktionärsten Kräften in Österreich, Einfluß in der Arbeiterschaft zu gewinnen und schwächt damit die Arbeiterbewegung. Das hat die Vergangenheit oft genug bewiesen. Daher gilt unsere Solidarität den unterdrückten Minderheiten in Österreich. Der Kampf gegen die Minderheitsfeststellung ist daher nicht nur ein Kampf der Slowenen sondern unser gemeinsamer Kampf.

## FÜR INTERNATIONALE SOLIDARITÄT - FÜR SOZIALISTISCHE ALTERNATIVEN

Nach wie vor ist der 1. Mai der internationale Kampftag der Arbeiterschaft. Der 1. Mai 1976 ist ein roter 1. Mai: In Afrika und Asien haben die Befreiungsbewegungen große Siege errungen. In Lateinamerika wächst der Widerstand gegen die repressiven Militärregimes. In Portugal und Spanien kämpft die Arbeiterschaft gegen die Versuche der Reaktion, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. In Italien und Frankreich mobilisiert sich die Linke, um neue Alternativen zu entwickeln.

Ihnen gilt unsere Solidarität. Wir wissen, daß jeder Fortschritt, den die sozialistischen Kräfte erkämpfen, auch ein Sieg für uns ist.

Unsere Solidarität gilt aber auch den oppositionellen Kräften in den osteuropäischen Ländern, die trotz Verfolgung und Verleumdung die Fahne des Sozialismus hochhalten.

In diesem weltweiten Kampf für sozialistische Alternativen wollen wir unseren, wenn auch kleinen, Beitrag leisten.

S. M.



## Solidaritätsveranstaltung mit dem kämpfenden Spanien

es sprechen

**Walter Stern** (BRO Goerz)

ein Vertreter der spanischen Arbeiterkommissionen

anschließend

**Juan + José** (span. Protestsänger)

**Grupo Arauco** (Chile)

**Otto Taussig** (Burgtheater)

**Do., 29.4. '76 18Uhr30**

Gew.Haus 4., Treitlstr.3

## VERANSTALTUNG in Graz



Politische Referate

**ARAUCO** (chilenische Politgruppe)

**JUAN & JOSE** (spanische Politduo)

Film, Literatur, Buffet

**MITTWOCH, 28.4. - 18.30 UHR,**  
**KOSAKENG. 8, (ARBEITERKAMMER - ÖGB,)**  
**NÄHE SÜDTIROLERPLATZ**

# MUSIK-DISKUSSION-AKTION-KOMMUNIKATION

## CLUB LINKS

1020 Wien, Odeongasse 1 (Ecke Große Mohrengasse), Telefon: 24 70 402

- 1.5.**  
SAMSTAG  
**MAIFEST** ab 16 Uhr  
**TECHNISCHE INTELLIGENZ** in  
**AUSBILDUNG** und **BERUF**  
**7.5.**  
FREITAG  
**PORTUGAL** nach den **WAHLEN**
- 8.5.**  
SAMSTAG  
Edmund Kreitmayer **Wozu Kabarett?**  
Die Misere deutschsprachiger Kleinkunst (Teil 2)
- 9.5.**  
SONNTAG  
2 Jahre Hochschulgruppe der föj-bfs:  
Rückblick und Perspektiven Referenten: Goldberg/Hirsch/Langbein/Steiner
- 14.5.**  
FREITAG  
Zur Strategie der **KPI**
- 15.5.**  
SAMSTAG  
**Gruppe Land: ALTERNATIVEN**  
Probleme der österreichischen Bauern
- 16.5.**  
SONNTAG  
Diskussion mit dem **VSM** (Hochschulpolitik)
- 21.5.**  
FREITAG  
**Kampf gegen Atomgiganten -**  
**Kampf gegen den Fortschritt ?**  
Referent: Helmut Hirsch
- 22.5.**  
SAMSTAG  
**SOMMERFEST**
- 23.5.**  
SONNTAG  
Wissenschaft und Kapital

Geöffnet ab 19 Uhr \* Diskussions- und Vortragsbeginn 19.30 Uhr

Lieber Leser,

Sie erhalten hiemit eine Probenummer der Monatszeitschrift "offensiv links". Sie wird von der f6j-BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS herausgegeben. Sie ist jedoch entschieden kein Zentralorgan, sondern stellt sich den Anspruch, durch genaue Information allen kritischen und sozialistisch denkenden Menschen Denkanstöße zu liefern.

Deswegen soll sie aber keine theoretische Zeitung sein. Zu nationalen und internationalen Fragen will sie praktisch-tagesbezogen Stellung nehmen, aber trotzdem den nötigen politischen Bezug herstellen. Entgegen linkssektiererischen Gepflogenheiten aber wird nicht versucht, Ereignisse in einem schon-gewußtes theoretisches Korsett zu stecken. In erster Linie will "offensiv links" informieren.

Freilich kostet die Herstellung von "offensiv links" Geld. Durch ein Abonnement helfen Sie uns, die Herausgabe und monatliche Erscheinungsweise zu gewährleisten. Sie selbst sichern sich dadurch den regelmäßigen Bezug. Das Abonnement kostet für den jährlichen Bezug (10 - 12 Nummern) S 50.-.

Mit freundlichen Grüßen

Redaktion "offensiv links"  
Vertrieb : 1040 W i e n  
Belvederegasse 10